



AUSGABE

6

**Landesvertreterversammlung
in Bensberg**

Blattwechsel
Mit neuer Kraft voran

Countdown: Die Uhr tickt!



**Noch 17 Monate
bis zur Landtagswahl**

Impressum

Herausgeber:

Geschäftsführender Vorstand des Deutschen
Richterbundes, Landesverband Nordrhein-Westfalen,
Martin-Luther-Straße 11, 59065 Hamm, Tel. (02381) 298 14; Fax (02381) 22568
E-Mail: info@drb-nrw.de, Internet: www.drb-nrw.de

Redaktion:

Wolfgang Fey (RAG a.D.) (verantwortlich); Margret Dichter (VRinLG);
Dr. Einhard Franke (DAG); Markus Hartmann (StA); Stephanie Kerkering (StAin);
Simone Lersch (StAin); Lars Mückner (RAG); Klaus Rupprecht (RAG);
Manfred Wucherpfennig (VRLG).
E-Mail: rista@drb-nrw.de

Verlag, Herstellung und Anzeigen:

VVA Kommunikation GmbH,
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Internet: www.vva.de, E-Mail: info@vva.de
Anzeigenleitung: Petra Hannen, Telefon (02 11) 73 57-633, Telefax (02 11) 73 57-507,
Anzeigentarif Nr. 19
Sonstiger Vertrieb: Heike Lohe, Telefon (02 11) 73 57-854, Fax (02 11) 73 57-8 91, abo@vva.de

Bezugsbedingungen:

Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezugspreis für Nichtmitglieder
jährlich 20,- € plus Versandkosten.

Konto des Landesverbandes NW des Deutschen Richterbundes:
Sparkasse Hamm (BLZ 41050095), Konto-Nr. 70227 – auch für Beitragszahlungen

Zuschriften erbeten an:

Geschäftsstelle des Landesverbandes, Martin-Luther-Str. 11, 59065 Hamm,
oder Wolfgang Fey, Becher Str. 65, 40476 Düsseldorf.

**Die Formulierungen „Richter“ und „Staatsanwalt“ bezeichnen in RiStA
geschlechtsunabhängig den Beruf.**

**Namentlich gekennzeichnete Berichte entsprechen nicht immer der Meinung der
Redaktion.**

**Titelbild: Kardinal Schulte-Haus
Fotos von Stephanie Kerkering, Köln**

INHALT

	Editorial	3
drb intern	Landesvertreterversammlung 2008	4–11
	„Rechtlos oder Streikrecht“	5
	Assessorentagung 2008	9
	Interview mit dem neuen Landesvorsitzenden	10
	Amtsrichterumfrage	18
	Neue Beitragsregelungen 2009	19
beruf aktuell	Verbändeanhörung zum Landeshaushalt 2009	12–15
	Linssen: Banken-Rettungspaket ohne Folgen für Besoldung	15
	Diätenerhöhungsautomatik	17
	Jetzt Versicherungsschutz im Beitrag enthalten	20
	Zypries: Zurück zur bundeseinheitlichen R-Besoldung	20
drb vor ort	Jahresversammlung in Münster	21
	Wiederwahl des Vorstandes in Kleve	21
	Der Meisterzeichner von Essen	22
presseschau	In memoriam JUSTIZintern	22
Impressum		2

RiStA geht ins 30. Jahr

Liebe RiStA-ner,

ich erlaube mir, Sie heute alle so zu nennen, liebe Leserinnen und Leser.

Denn es stehen im nächsten Jahr Jubiläen an: der DRB Bund wird 100 Jahre und der DRB-NRW 60 Jahre alt und auch RiStA geht mit Heft 1/2009 bereits ins 30. Jahr. Und wer hätte das im Jahre 1980 gedacht, als der stv. Landesvorsitzende Rainer Voss aus Düsseldorf die erste Redaktion rekrutierte und sogleich eine „Null“-Nummer als Entwurf für das erste Heft mitbrachte.

Die ersten Redakteure sind natürlich alle schon längst pensioniert. Aber RiStA lebt weiter (mit dem Wahlspruch für jedes Heft: „Jetzt mit noch mehr Gerechtigkeit“).

Kritik und Anfeindungen gab es genug, technische und sprachliche Pannen auch. Es wurden auch schon mal nach RiStA-Artikeln Gegenreden von Vorstandsmitgliedern verfasst, die von der Leserschaft aber nicht so favorisiert wurden, wie dies von diesen Autoren angedacht war. Wir Redakteure sind also im Wesentlichen akzeptiert worden.

Auch wenn sich Lob nicht unbedingt in Leserbriefen niedergeschlagen hat, es wurde bei Gesprächen auf Tagungen und in Kantinen immer bestätigt: ein Organ, das „denen da oben“ mal Paroli bietet oder auch nur den Finger in die Wunde legt, ist notwendig. Oder wie es ein junger Redakteur noch vor wenigen Wochen formulierte: „RiStA ist das Sprachrohr derjenigen, die sich sonst nicht artikulieren können“.

Es gab in dieser Zeit acht Justizminister, darunter mit Inge Donnepp und Roswitha Müller-Piepenkötter zwei Frauen. Manchem Minister musste auch mal gesagt werden, dass seine Aufgabe nicht nur darin besteht, mit Parteilassung die Staatsfinanzen zusammen zu halten. Der Richterbund musste auch schwer darum kämpfen, dass die Justiz nicht als Anhängsel des Innenressorts im Doppel-Ministerium Behrens unterging, und auch durch RiStA deutlich machen, dass alle Justizminister nicht nur nebenbei auch eine Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitern in den untergeordneten Behörden haben und diese auch artikulieren, sowohl in puncto sächliche und räumliche Einrichtungen wie auch in Sachen persönliche finanzielle Situation.



Wolfgang Fey
Chefredakteur

Auch wenn die Damen Donnepp und Müller-Piepenkötter DRB-Mitglieder sind, war durch die Platzierung auf der anderen Tischseite deutlich, dass mit dem neuen Amt eine Abnabelung vorgenommen war, die auch für den DRB Folgen hatte. Wir mussten uns darauf einstellen, dass sich die Perspektiven verschoben haben und sich daraus ein anderer Umgang entwickelt. Es gibt eben nicht „unsere“ Ministerin. Das heißt nicht, dass man sich beharkt oder bekämpft, denn wir ziehen immer noch am selben Strang. Aber wie es unter „wehrhaften“ Demokraten üblich ist oder sein sollte, gehört ein offenes Wort dazu. Die Zeitschrift „RiStA“ ist für den Deutschen Richterbund ein Lobby-Blatt, das auch schon mal etwas überzeichnen muss, um die entsprechende Aufmerksamkeit für die angesprochenen Themen zu erringen. Sonst kann sie eingestellt werden oder mit der Landespostille „Justiz intern“ fusionieren.

In diesem Sinne habe ich mich auch trotz meiner Pensionierung weiterhin zur Verfügung gestellt und ich hoffe, dass es weitere Kolleginnen und Kollegen gibt, die die Notwendigkeit einsehen, dass RiStA am Markt bleiben muss, und dass es genug Nachwuchs-Schreiber gibt, die beherzt zur Feder greifen und die Probleme von ihren Schreibtischen her beschreiben. Denn es kann doch nicht sein, dass ich der erste (und/oder einzige) Richter oder Staatsanwalt bin, letzterer war ich übrigens auch mal ein Jahr im Austausch, der es für wichtig hält, dass mal über ein Thema gesprochen und in RiStA debattiert wird.

Zum Glück gibt es eine Reihe von (Redakteur-)Kollegen, die ebenso denken. Aber wir brauchen mehr davon, melden Sie sich unter rista@drb-nrw.de. Ich rufe Ihnen zu: Kommen Sie zu uns „im Kampf um noch mehr Gerechtigkeit“. Aber mit einer Einschränkung: Positiv denken!

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Wolfgang Fey

LVV 2008 – der Vormittag

Mangel als System?

Rechtlos oder Streikrecht – zu diesem doch für Richter, Staatsanwälte und Beamte recht provokanten Thema rief der Deutsche Richterbund NRW zur Landesvertreterversammlung ins Kardinal Schulte-Haus in Bergisch Gladbach-Bensberg und zahlreiche Gäste und Mitglieder folgten. In einer beeindruckenden Demonstration von Geschlossenheit wurde deutlich, dass sich die 3. Gewalt im Staat den unwürdigen Umgang mit ihr unter keinen Umständen gefallen lassen will. Und so machte der scheidende Landesvorsitzende **Jens Gnisa** in seiner Begrüßung auch gleich deutlich, dass in Zeiten wie diesen, *Vertrauen* das Wort der Stunde sein muss. Nicht nur im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Beamten und Politikern, sondern gerade auch im Verhältnis Staat – Gesellschaft. Dazu gehöre es aber auch, dass unverzichtbare Eckpfeiler unserer Gesellschaft wie der Rechtsstaat und damit die Justiz nicht weiter demontiert werden. Kein moderner Staat könne ohne Gesetze und eine Rechtssicherheit vermittelndes Justizsystem existieren. Und dennoch führe die Justiz in öffentlichen Haushalten ein Schattendasein. Auch in der öffentlichen Meinung stehe das Beamtentum und somit auch die Justiz dank gezielter manipulativer Beiträge wie z.B. der Bild-Zeitung nicht gut da: Beamte verdienen zu viel, sind faul und Pensionen sind Ausdruck nicht mehr zeitgemäßer Privilegien. Die Folgen? Die Politik lässt sich die Haushaltskonsolidierung im Wesentlichen durch die Beamten bezahlen – Streichung des Urlaubsgeldes, Kürzung des Weihnachtsgeldes, Einschränkungen bei Pensionen und Beihilfe sowie das Ausbleiben von Besoldungserhöhungen. Aber es sind nicht nur diese Einschränkungen, die die Richter und Staatsanwälte wütend machen, sondern die Art und Weise des Umgangs. So stellt Gnisa in seiner Rede fest, dass der Staat ganz bewusst die Wehrlosigkeit und auch die hohe Arbeitsmoral und Pflichtbe-



Jens Gnisa

reitschaft seiner Richter, Staatsanwälte und Beamten ausnutze und sie zum Dank auch noch in Prozesse treibe. Auf Beschwerden bekomme man jedoch immer nur zu hören:

1. Wir haben kein Geld (jedenfalls nicht für euch),
2. Seid doch froh, dass Ihr einen sicheren Job habt, und wenn das noch nicht reicht
3. Was sollen denn die Hartz IV-Empfänger sagen?

Nun, dass es auch anders ginge, bzw. auch einmal anders war, zeige schon der Bismarck zugeschriebene Satz „Mit schlechten Gesetzen und guten Beamten lässt sich immer noch regieren. Bei schlechten Beamten aber helfen uns die besten Gesetze nichts.“ Das Thema „Rechtlos oder Streikrecht“ sei denn auch als Zeichen gedacht für neue Denkansätze. Das Resümee des scheidenden Landesvorsitzenden nach sechs Jahren Tätigkeit lautete dann auch „Es geht auch anders“. Er sei nicht nur stolz auf das Erreichte, sondern blicke auch zuversichtlich nach vorn, dass weiterhin gemeinsam viel erreicht werden könne.

Justizministerin **Roswitha Müller-Piepenkötter** dankte Jens Gnisa für die gute, wenn auch nicht immer einfache Zusammenarbeit und äußerte die Hoffnung, dass sich dies mit dem neuen Vorstand ebenso fortsetzen werde. Sie lobte das heutige Motto als wunderbare provokative Idee für ein wichtiges Thema, nämlich die Stellung der Justiz in der Gesellschaft. Es sei ihre wichtigste Aufgabe, der Justiz Wertschätzung zu verschaffen. Aber dies sei auch Aufgabe der Justiz selbst, genauso wie der anderen Gewalten. Es sei Aufgabe des Parlaments, die erforderlichen Mittel bereit zu stellen, jedoch sei dabei aber die gesamtwirtschaftliche Lage zu berücksichtigen. Als Erfolg sah sie die Streichung der Kw-Stellen sowie die Schaffung 35 neuer



RMP

Stellen und somit das Ende des Stellenabbaus an.

Danach richtete der Bundesvorsitzende, OStA **Christoph Frank**, Freiburg, die Grüße des Bundesvorstandes des DRB aus. Er würdigte die Arbeit von Jens Gnisa, der nach ehrlicher Analyse des Verbandes Ziele gesetzt und auch erreicht habe. Er habe es verstanden, Mitglieder zu gewinnen und zu begeistern. Als Beispiele hierfür nannte er die gelungene Protestaktion 2007 sowie die Aktion3000. Gnisa habe die Fähigkeit gehabt, Themen zu finden, die die Stimmung unter den Kollegen einfange und die Politik zwingen, sich mit den Richtern und Staatsanwälten auseinander zu setzen. Dadurch sei der Verband politisch einflussreicher geworden.



Christoph Frank

In seiner im nichtöffentlichen Teil der Veranstaltung folgenden Bestandsaufnahme betonte Frank, dass durch die derzeitige Personal- und Besoldungspolitik eine Mangelverwaltung betrieben werde, die zur teilweisen Aufgabe des Legalitätsprinzips führe. Es könne nicht sein, dass man sich im finanzpolitischen Verteilungskampf aufreibe und dass schon das Absehen von zusätzlichem Stellenabbau als Erfolg gesehen werde. Dadurch sei der Rechtsgewährungsanspruch des Bürgers in Gefahr. Diese Situation mache die Forderung nach einer Selbstverwaltung der Justiz immer dringlicher. In Europa sei die Bundesrepublik nur eines von drei Ländern ohne Selbstverwaltung. Mit den heutigen Strukturen der deutschen Justiz sei diese nicht konkurrenzfähig. So würde Deutschland heute die Aufnahmebedingungen der EU nicht erfüllen. Zum Abschluss rief auch er noch einmal die Mitglieder zur Einigkeit auf, um gemeinsam die gesetzten Ziele zu erreichen.

Volltexte der Reden finden Sie im Internet: www.drb-nrw.de

Die Zukunft der Richter und Staatsanwälte

Rechtlos oder Streikrecht

Diesen Fragen widmete sich der öffentliche Teil der LVV in Bensberg. Unter Leitung der stv. Bundesvorsitzenden des DRB VRinLG Brigitte Kamphausen, Duisburg, diskutierten auf dem Podium der Staatssekretär im Innenministerium NRW Karl Peter Brendel, der Vorsitzende des dbb nrw Ralf Eisenhöfer, der Präsident des OLG Hamm Gero Debusmann sowie Prof. Dr. Fabian Wittreck von der Universität Münster.

Prof. Wittreck bereitete den Zuhörern keine Überraschung, als er in seinem Eröffnungsvortrag die aufgeworfenen Fragen mit einem Nein beantwortete. So provokant die Idee eines Streikrechts für Richter und Staatsanwälte auch klingen mag, in unseren Nachbarnländern wird die Idee teilweise bereits gelebt. In Frankreich, Italien, Österreich und Slowenien haben Richter und Staatsanwälte bereits zur Durchsetzung ihrer Forderungen gestreikt. Weshalb also nicht bei uns?

Prof. Wittreck legte zunächst die Grundlagen für das Streikrecht dar, das in Art. 9 Abs. 3 GG, der sog. Koalitionsfreiheit, angesiedelt ist. Die Arbeitsgerichte haben hieraus die Grenze des Streikrechts entwickelt: Ein Streik ist nur zulässig zur Erreichung eines Tarifvertrages; ein Generalstreik zur Durchsetzung politischer Forderungen ist nicht legal. Da bei Beamten oder Richtern der Gesetzgeber – keine Tarifparteien – die Arbeitsbedingungen festlegt, fehlt es an einer Streiklegitimation. Rechtlosigkeit folgt daraus nicht, Richter und Beamte haben noch den Rechtsweg: Sie können auf die Einhaltung oder Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen klagen.

Neben der Besonderheit des fehlenden Tarifvertrages werden zur Begründung des fehlenden Rechts zum Streik auch die hergebrachten Grundsätze des Beamtentums und die besondere Stellung der Richter gemäß Art. 92 GG herangezogen.

Was muss also geschehen, damit auch Richter und Staatsanwälte streiken dürfen? Nach Prof. Wittreck gibt es nur zwei Lösungen: Entweder ein echtes – nicht von der Koalitionsfreiheit abgeleitetes – Streikrecht schaffen, oder aber die Klagemöglichkeiten für Richter und Beamte abschaffen. Beides sind Lösungsansätze, vor deren Umsetzung Wittreck ausdrücklich warnte.



Wittreck, Brendel, Kamphausen, Debusmann, Eisenhöfer

In der anschließenden Diskussion stellte Staatssekretär **Brendel** weitere – theoretische – Lösungsmöglichkeiten vor: Wenn Richter und Staatsanwälte vom Volk gewählt oder auf der Grundlage von Arbeitsverträgen eingestellt würden, wäre ein Streikrecht mangels der alternativen Klagemöglichkeiten gegen den Dienstherrn denkbar. Aber wer will das ernstlich? Geht es also denjenigen, die das Fehlen des Streikrechts beklagen, nur darum, sich die „Rosinen heraus zu picken“?

Ralf Eisenhöfer und **Gero Debusmann** legten in ihren Beiträgen offen, weshalb bei den betroffenen Berufsgruppen das Fehlen des Streikrechts gleichgesetzt wird mit Rechtlosigkeit. Sie vermissen das ausgewogene Verhältnis von Rechten und Pflichten. Von Beamten und Richtern wird immer mehr Loyalität und Pflichterfüllung gefordert, aber wo bleiben die Anerkennung und der Respekt des Staates gegenüber seinen „Dienern“? Ist nicht verständlich, dass angesichts der Zumutungen der vergangenen Jahre das Gefühl der Ohnmacht wächst? Ist das Streikrecht also nur verzichtbar, wenn der Staat seiner Fürsorgepflicht nachkommt?

Diese Schlussfolgerung von Ralf Eisenhöfer fand auf dem Podium keine ungeteilte Zustimmung. Es wurde bereits kontrovers diskutiert, ob tatsächlich ein Problem im Umgang des Staates mit seinen Richtern und Staatsanwälten besteht. Während Staatssekretär Brendel auf die Klagemöglichkeiten des Einzelnen und die Beteiligung der Berufsverbände verwies, war bei Prof. Wittreck sogar der Eindruck entstan-

den, es ginge Richtern und Staatsanwälten nur darum, in Zeiten prekärer Haushaltslagen vorab befriedigt zu werden.

Die übrigen Diskussionsteilnehmer wandten sich gegen diese Betrachtungsweise. Was ist von einem Dienstherrn zu halten, der auffordert, gegen ihn zu klagen? Weshalb wird ausgeblendet, dass die Loyalität der Richter und Staatsanwälte gegenüber dem Staat auf der anderen Seite ein Äquivalent finden muss?

Die angeregte und fair geführte Diskussion widmete sich zum Schluss der Frage, wie auf dem Boden der geltenden Rechtslage die Belange der Justiz im „Verteilungskampf“ Gehör finden können. Es verwunderte den Zuhörer nicht, dass bereits die Auffassung, die Justiz sei bislang stets zu kurz gekommen, keine ungeteilte Zustimmung fand. Auch bei der Frage, ob es der Justiz nutzen könnte, ihre Nöte und Forderungen mehr in die Öffentlichkeit zu tragen, entstand kein einheitliches Meinungsbild.

Fazit: Rechtlos oder Streikrecht – Frage oder Ausrufezeichen – das ist nicht so leicht zu beantworten. In jedem Falle ist es aber eine Frage, über die es zu diskutieren lohnt.

www.NORDSEE-SANATORIUM.DE
Private Krankenanstalt
Deichstraße 13a
26434 Wangerland-Horumeriel
Tel. (0 44 26) 9 48 80
Fax (0 44 26) 94 88 99

LVV am Nachmittag

Neuwahlen zum Vorstand

Zur **Vorstandsarbeit** erläuterte der scheidende Landesvorsitzende **Jens Gnisa**, dass die landes- und weltweite Finanzkrise keinen Anlass gebe, dass die Landesregierung bei ihren Haushaltsvorgaben für den Etat 2009 mit der Einstellung von 3 % für die Erhöhung der **Besoldung** von einem Wegfall der Geschäftsgrundlage ausgehen könne. Denn ein Abrücken hiervon führe zu einem einseitigen Tragen der Finanzmisere durch die Richter, Staatsanwälte und Beamten, also zu einer Ungleichbehandlung nach Art. 3 GG, die der Staat bei der bisher von uns schon durch das Kienbaum-Gutachten als verfassungswidrig angesehenen

entsprechenden StA-Gremiums, die eingeladen werden konnten.

Zum von uns im Frühjahr/Frühsummer geplanten **Amtsrichter-Tages** benannte **Reiner Lindemann** als Themen das Große Familiengericht nach dem FamFG, die Neuerungen im Insolvenzrecht und den Eildienst.

Die **Amtsrichterkommission** hat durch Messungen zu Arbeitszeit und Arbeitsaufwand belegt, dass die Verwendung der bisherigen Papier-Formulare gegenüber der IT-Nutzung durch TSJ die Richter erheblich weniger belastet.



jetzigen Besoldungssituation nicht vornehmen dürfe. Von daher bleibe der Verband auch bei den Forderungen des Inflationsausgleichs mit 8%, der Wiederaufstockung des Weihnachtsgeldes und des Wegfalls der seit 10 Jahren vorgesetzten beiden Altersstufen bei der R-Besoldung.

Bei der Beschreibung der **Stellenpolitik** des Landes habe die Justizministerin verschwiegen, dass es heute weniger Stellen gibt als in den Jahren 2004/2005, auch wenn man die jetzt zu erwartenden 35 neu bewilligten und die durch Aufhebung der kw-Vermerke wieder besetzbaren Stellen berücksichtigt.

Wie notwendig die **Novellierung des LRiG** mit der Stärkung von Mitbestimmungsrechten ist, belegt schon eindeutig ein Beispiel aus diesen Tagen. Bei dem Besuch der Ministerin in den Bezirken fehlten jeweils Vertreter von Gremien der Staatsanwaltschaft. Mangels eines Personalrates auf der LG-Ebene gab es keine Mitglieder eines

Die ARK wird die Ergebnisse in Kürze darstellen. Die Messungen im Zivil- und Familiengericht – der Strafbereich ist noch nicht ausgerechnet – haben bei je drei bestimmten Formularen unterschiedlichen Umfangs und Schwierigkeit und drei messbereiten Kollegen bereits eine Mehrbelastung von hochgerechnet mehr als 26 Stunden bei einem Normalpensum von 600 Akten im Zivilbereich und aufgrund der geringeren Aktenzahl von 17 Stunden im Familienbereich ergeben. Die Probleme mit der Software haben zudem schon zu dem Anspruch geführt, dass es sich um Bananen-Software handelt (sie reift beim Kunden).

Johannes Schüller hob den erstmals von Verband durchgeführten **StA-Tag** in Mülheim hervor, der in drei Arbeitsgruppen die Themen „das Selbstverständnis des Staatsanwalts im 21. Jahrhundert“, „Aufgabenkritik“ und „Jugendkriminalität und Jugendgewalt“ bearbeitete. Außerdem würdigte er das Ergebnis der **Wahl zum HPR** als Erfolg

mit der erneuten Erringung von acht der dreizehn Sitze in diesem Gremium.

Er forderte den Einsatz unseres Verbandes für Korrekturen bei den **Pebsy**-Ergebnissen, insbesondere bei der Eildienstbewertung, und wies darauf hin, dass die ACU-STA-Nutzung im Einzelfall nicht verpflichtend sei. Probleme ergeben sich auch aus der Vorgabe des BVerfG, dass Blutentnahmen der richterlichen Anordnung bedürfen und Instanzgerichte diese für Drogenverfahren entwickelten Grundsätze teilweise auch trotz der Eilbedürftigkeit der Maßnahme auf Alkoholttest ausweiteten. Der Verband müsse zudem auf Landes- und Bundesebene die Entwicklungen zum Haftrecht begleiten. Es müsse verhindert werden, dass die Haftkontrolle, z. B. auch die Briefkontrolle, letztlich von Polizeibeamten durchgeführt werde, so dass man von Polizeihaft sprechen könne.

Wolfgang Fey wies als Chefredakteur von RiStA auf die anstehenden Jubiläen im Jahre 2009 des Richterbundes im Land und im Bund und auch der Landeszeitschrift im Jahre 2010 hin.

Neuer Verbandsname

Der wichtigste Tagungspunkt entsprach dem Wunsch stärkerer Profilierung der Rolle der Staatsanwälte durch Umbenennung des Verbandes. Von den gegeneinander zur Wahl gestellten Alternativen: **Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen** oder Richter- und Staatsanwalts-Bund in Nordrhein-Westfalen fand nach kurzer Aussprache die erste Version sofort eine überwältigende Mehrheit. Bei der Frage nach einem entsprechenden Logo verwies der Geschäftsführer Christian Friehoff auf die Belegung der möglichen Kürzel durch verschiedene Organisation und Firmen. Da das ureigene Namenskürzel DRB unangegriffen ist und bleibt und der Verband auch weiterhin als Landesverband Mitglied im Deutschen Richterbund ist, wurde beschlossen, dass das Logo unverändert bestehen bleiben soll.

Entsprechend war dann auch die **Verbandsatzung** zu ändern. Dabei ergaben sich zusätzliche Korrekturen, die ebenfalls mit großen Mehrheiten, teils einstimmig mit wenigen Enthaltungen angenommen wurden. So wurde bestimmt, dass die Aufzählung „Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte“ durch einen Hinweis in § 1 Abs. 1 Satz 3 der Satzung ersetzt wird, dass bei den Bezeichnungen „Richter“ bzw. „Staatsanwalt“ jeweils insgesamt die weibliche und die männliche Form gemeint sei. Dadurch entfiel zugleich

die Nennung des eigentlich selbstverständlichen und daher jetzt als überflüssig angesehenen Zusatzes für den Verbandsnamen als Verband der „Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte“.

Erforderlich wurde auch die Aufnahme eines Internet-Redakteurs in die Satzung als Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes. Am Vortag hatte der Gesamtvorstand bereits entsprechend gehandelt und OStA **Johannes Schüler**, Jhg. 1952, aus Köln mit dieser Funktion betraut. Aufgrund des größeren Gewichtes des Verbandes in der Öffentlichkeit und der damit verbundenen Publizität unserer Homepage ist eine Internet-Redaktion zusätzlich zur RiStA-Redaktion erforderlich. Denn die Aufgaben insbesondere im technischen Bereich unterscheiden sich erheblich, wenn auch eine enge Zusammenarbeit zur Zeitungsredaktion notwendig und auch geplant ist. Die Mitarbeiter, die neben Johannes Schüler auch gerade die **Homepage neu gestaltet** haben und mit ihm die neue Redaktion bilden, sind **Dr. Joachim Unger**, Jhg 1961, ROLG Düsseldorf, und **R Dr. Christian Hoppe**, Jhg 1977, zurzeit beim AG Leverkusen.

Wegen des bereits angesprochenen stärkeren Auftritts des Verbandes im politischen und sonstigen öffentlichen Bereich ist ein größerer finanzieller Entschädigungsaufwand für die Verbandstätigkeit erforderlich.

Es gilt der Grundsatz, dass durch die Verbandsarbeit neben dem Zeiteinsatz nicht noch ein finanzieller Nachteil für das einzelne Mitglied entstehen soll. Dies setzt dann aber voraus, dass der Verband jeweils eine partielle Freistellung des Vorsitzenden und/oder des Geschäftsführers vom Dienst als Richter oder Staatsanwalt erreichen muss (sofern das Mitglied dies wünscht) und die damit entstehende Einkommens- und Pensionseinbuße auszugleichen hat. Es bleibt also bei der ehrenamtlichen Tätigkeit, nur mit der Verbandspflicht, nicht nur Fahrtkosten u.ä. in Anlehnung an die Reisekostenverordnung NW zu übernehmen, sondern auch bis zu einem Anteil von 20 % für die Vermögenseinbußen aufzukommen. Diese Regelung wurde sodann für den Vorsitzenden und den Geschäftsführer des Verbandes in die Satzung aufgenommen. Sie ist also an diese Personen gebunden und dient nicht der Finanzierung der Ausstattung der Geschäftsstelle oder deren angestellten Personals.

Hieraus folgt die Notwendigkeit einer geringfügigen Beitragsanpassung, die mit nur einer Enthaltung akzeptiert wurde (neue Beitragssätze s. S. 19).

Zum Kassenbericht war anzumerken, dass der Verband schuldenfrei ist, so dass auch die Kassenprüfer gegen diese Führung keine Einwände hatten.

Der neue Landesvorsitzende Reiner Lindemann

Geboren 28. 6. 1948 in Moers, verheiratet, 2 Kinder
Abitur 1968 in Moers

Nach Gründung der Polit- und Kulturkneipe (Moers)
Aufnahme des Studiums in Bonn

1. Examen 1978 in Bonn

Referendar in Mönchengladbach und Moers

2. Examen 1980 in Düsseldorf

1980 Assessor in Kleve

1983 Richter am LG in Kleve

seit 1989 Richter am AG in Moers

seit 1990 bis 2006 Vorsitzender des Richterrats bei dem AG Moers

seit 1994 Mitglied des Präsidiums des AG Moers

seit 1994 Mitglied des Bezirksrichterrats bei dem OLG Düsseldorf

seit 2002 bis 2006 stv. Vorsitzender des Bezirksrichterrats bei dem OLG Düsseldorf

seit 2007 Vorsitzender des Bezirksrichterrates bei dem OLG Düsseldorf

seit 2005 Vorsitzender der Bezirksgruppe Kleve im DRB

seit 2005 bis 2008 stv. Landesvorsitzender des DRB – NRW –

seit 2008 Vorsitzender des Bundes der Richter und Staatsanwälte in NRW (DRB – NRW –)



Justiz zum Top-Thema machen

Breite Zustimmung der Delegierten fand die Überlegung, in diesem Jahr auf einen punktuellen Protesttag zu verzichten. Stattdessen werden wir einen Schritt weiter gehen: Eine Kampagne mit dem Ziel, die Probleme der Justiz dem Bürger noch näher zu bringen und so zu einem der Top-Themen des Landtagswahlkampfes 2010 zu machen, soll durch eine Arbeitsgruppe vorbereitet werden und im Jahre 2009 starten.

Wir werden unter Beweis stellen, dass man mit diesem Thema auch Wahlen gewinnen kann. Denn die öffentliche Sicherheit bewegt jeden Bürger, und schnelle und gute Urteile erfreuen den kleinen Handwerker ebenso wie den Mieter oder Vermieter. Dies kann am ehesten mit einer zukunftsgerichteten und über mehrere Monate angelegten Kampagne gelingen, die ihren Höhepunkt zur Landtagswahl im Mai 2010 erreichen wird.

Allerdings wird der **Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen** bis dahin nicht tatenlos bleiben. Wir werden auch weiterhin unser Anliegen in Interviews, Pressekonferenzen etc. an die Bevölkerung herangetragen. Wir werden auch weiterhin regelmäßig die Politik mit den Problemen der Justiz konfrontieren. Und wir werden uns aktiv in die Tarifeauseinandersetzung 2009 einbringen und gemeinsam mit dem Beamtenbund Aktionen durchführen.

Die Landesregierung hat in ihrem Haushaltsentwurf 2009 anscheinend nur 3 % Besoldungssteigerung veranschlagt. Das ist unzumutbar. Unser Verband bleibt bei den früher schon gemeinsam mit dem Beamtenbund und der Gewerkschaft ver.di aufgestellten Vorgabe von 8 % als dem Mindesten, was die seit Jahren benachteiligten Beamten und Richter NRWs einfordern. Zudem muss das Weihnachtsgeld wieder auf den alten Stand erhöht werden. Es muss endlich ein Ende haben mit den Sonderopfern der Staatsdiener.

Im Jahre 2010 werden die Richter, Staatsanwälte und Beamten und ihre Familienangehörigen die Möglichkeit der Abstimmung über die Zukunft NRWs haben. 500.000 Stimmen für die Justiz und den öffentlichen Dienst. Wir werden es nutzen.

Die vergessene Besoldungskürzung

Mit der Dienstrechtsreform 1997 (ReföDG vom 24. 2. 1997) wurden für die Besoldungsstufen der Besoldungsordnung A Leistungszulagen, Leistungsprämien und -stufen eingeführt. Eine gleichgelagerte Anpassung der R-Besoldung entspricht nicht dem Richterbild und erfolgte daher nicht. Damit blieb es für Richter und Staatsanwälte bei der bisherigen Aufteilung nach Lebensaltersstufen im 2-Jahresrhythmus.

Nicht so für den Berufseinsteiger in des richterlichen oder Staatsanwaltsdienstes: Für Assessoren wurden zwei neue Lebensaltersstufen der Besoldungstabelle vorgefügt, die mit einem verminderten Grundgehalt ausgestattet sind. Nach heutiger Besoldungstabelle entspricht dies für Assessoren der neuen Lebensaltersstufen 27/28 Jahre und 29/30 Jahre einem relativen Einkommensverlust von ca. 220 € resp. 80 € monatlich.

Nachdem Ausscheiden von Knut Wiebe, RLG Köln, dem der Dank für seine langjährige Prüfungsarbeit ausgesprochen wurde, wurden VRLG Bernhard Offermanns, Köln, und StA Klaus Kaptur, GL in Münster, erstmals bzw. wiedergewählt.

Wahlergebnisse

VRLG Johannes Nüsse, Dortmund, hielt zur Einleitung des Tagesordnungspunktes Wahl-



Posegga, Kamphausen, Reske, Matthiesen, Schüler, Gnisa

en eine Laudatio auf den scheidenden Vorsitzenden VPrLG Jens Gnisa, Paderborn, die zu stehenden Ovationen der Delegierten führte.

Zur Wahlprozedur für den **Geschäftsführenden Vorstand** übernahm OStA a.D. Dr. Hans Helmut Günter, Aachen, den Vorsitz und sprach den Dank an die ausscheidenden Vorstandsmitglieder RLG Thomas

Hinzu kommen die nicht zu wählenden Mitglieder des Bundespräsidium VRinLG **Brigitte Kamphausen**, Jhg 1958, Duisburg, DinAG **Lydia Niewerth**, Jhg 1948, Bonn, der Geschäftsführer RAG **Christian Friehoff**, Jhg 1964, Bielefeld, und die Redaktionsleiter



Neu im Vorstand

Hartmann, Falkenkötter, Lüblinghoff, Laroche

Posegga, Duisburg, und RAG Klaus Rupperecht, Düsseldorf, aus.

Danach erfolgte die Neuwahl des Vorsitzenden, bei der RAG Reiner Lindemann, Moers, einziger Kandidat war und ohne Gegenstimmen gewählt wurde.

Unter seinem Vorsitz wurde der Geschäftsführende Vorstand komplettiert, der sich nun zusammensetzt aus

RAG **Reiner Lindemann**, Jhg 1948, Moers, und seinen Stellvertretern

StA **Jochen Hartmann**, Jhg 1958, Duisburg,

ROLG **Joachim Lüblinghoff**, Jhg 1958, Hamm,

VRinLG **Margarete Reske**, Jhg 1957, Köln, sowie den Beisitzern

OStAin **Angelika Matthiesen**, Jhg 1957, Essen,

RLG **Dr. Thomas Falkenkötter**, Jhg 1971, Aachen

und dem Kassenwart

RAG **Dr. Peter Laroche**, Jhg 1972, Wuppertal.

OStA **Johannes Schüler**, Jhg 1952, Köln, (Internet),

RAG a.D. **Wolfgang Fey**, Jhg 1943, Düsseldorf, (RiStA),

sowie die Vorsitzenden der Fachverbände DARbG **Dr. Klaus Wessel**, Jhg 1954, Hamm, (RBA),

RFG **Herbert Dohmen**, Jhg 1954, Köln, (BDFR),

VRLSG **Hermann Frehse**, Jhg 1952, Essen, (RiV).

Anschließend fand die Wahl der **fünf Vertreter der Staatsanwälte für den Gesamtvorstand** statt (s. S. 9).

Fazit

Mit dieser Wahl ist der Bund der Richter und Staatsanwälte neu aufgestellt. Wie der „Blattwechsel“ auf dem Titelbild dieses Heftes belegen soll, haben die Vorstandswahlen zur Folge, dass der DRB – NRW – nach Herbst und Winter 2008 mit neuen Kräften an die Arbeit geht.

Darlehen supergünstig *1) nominal 1,95% ab 2,34% effektiver Jahreszins
35-jährige Beratungskompetenz Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter
DSB BANK
www.ak-finanz.de
und Stuttgarter Vers. a.G. supergünstige Beamtendarlehen, z.B. B.a.L. 30 J. alt, 30 000,- € günstige 281,05 € mtl., 70 000,- € 654,22 € mtl., inkl. LV, Lfz. 14 J., *5,99% effektiver Jahreszins. Lfz. 12 J., ab *5,75% *effektiver Jahreszins auch an Angestellte ab 5 Jahre i.d.D. *1) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung Bausparvertrag. Supergünstige Hypotheken ohne Eigenkapital, hohes Sondertilgungsrecht. Beleihung bis 120%
AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen
Telefax: (06 21) 51 94 88, E-Mail: beamtendarlehen@ak-finanz.de
Gebührenfrei Tel. 0800/1000 500

Die fünf StA – Vertreter im Gesamtvorstand

Veränderungen gab es auch bei der Wahl der StA-Vertreter im Gesamtvorstand, nachdem Anette Milk (zurzeit im Kosovo tätig) und Dr. Gisela Gold-Pfuhl sich nicht mehr zur Wahl stellten. Es wurden gewählt:

OSTA Markus Caspers, Jhg 1961, Düsseldorf,
stv. Vorsitzender des Bezirkspersonalrates Düsseldorf

OSTAin Leonie Kaufmann-Fund, Jhg 1946, Köln,
stv. Vorsitzender der Bezirksgruppe Köln

OSTA Thomas Poggel, Jhg 1961, Arnsberg,
Vorsitzender des Bezirkspersonalrates Hamm

OSTA Detlef Nowotsch, Jhg 1951, Duisburg, Vorsitzender des Hauptpersonalrates
StA Bernhard Schubert, Jhg 1957, Aachen, Mitglied des Bezirkspersonalrates Köln.

Assessorentagung 2008

Kritik an den Arbeitsbedingungen

In diesem Jahr fand wieder parallel zur Tagung des Vorstands die Zusammenkunft der Assessorenvertreter aus den Bezirken statt, unter der inzwischen schon bewährten Leitung von RinAG Christine Wecker, Essen, und StAin Stephanie Kerkerling, Köln. In vertrauensvoller Gesprächsatmosphäre wurden die Probleme sehr offen angesprochen.

Dabei lag allen zunächst die persönliche Belastungssituation auf den Herzen. Zum Teil sind gerade an den Gerichten katastrophale Zustände zu beklagen, vor allem, wenn Kollegen erkranken. Die so entstehende Zusatzbelastung durch die Vertretung ist angesichts der Grundbelastung nicht mehr aufzufangen. Auch zeigen sich erhebliche Probleme im Unterstützungsbereich bei den Serviceeinheiten. Gerade im strafrechtlichen Bereich der Gerichte verdichtete sich der Eindruck, dass dort überwiegend die ungeübten Kräfte mit mangelhafter Ausbildung platziert werden. Das führt zum Teil zu völlig unregelmäßigen Aktenvorlagen, zum Teil aber auch zu erheblichen Verspätungen bei Fristenvorlagen, die bei Haftsachen besonders problematisch sind und die jeweiligen Kollegen dazu veranlasst haben, parallel zum Vorlagensystem des Geschäftszimmers einen eigenen Fristenkalender zu führen. Dies ist nicht die Arbeitserleichterung, die durch die Programme JUDICA und ACUSTA bewirkt werden sollte. Indes wurde bei den Programmen übereinstimmend moniert, dass z.T. wesentliche Funktionen nicht zu nutzen sind, weil sie aufgrund technischer Mängel zu unkalkulierbaren Ergebnissen in der au-

tomatisierten Umsetzung führen (Stichwort: Ladungsverfügung mit gestaffelter Zeugenladung führte zu einem Ladungs-Durcheinander, wobei als Krönung die Parteien zuletzt geladen wurden). Auch die Schulungen erfolgen zum falschen Zeitpunkt. Eine Koordinierung, die den Kollegen die Schulungen dann zukommen lässt, wenn sie in den jeweiligen Tätigkeitsbereich passen,



Assessoren-Sprecherin: StAin Simone Lersch

scheint es nach wie vor nicht zu geben. Auch die Schulungen zu den Computerprogrammen, die ja so viel wie möglich genutzt werden sollen, sind noch nicht einmal für die ganz jungen Berufsanfänger eingeplant. Dies wird derzeit durch hilfsbereite

Presseerklärung*

Deutscher Richterbund – NRW – mit neuem Namen und neuem Vorsitzenden

Der **Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen e.V.** hat sich heute auf seiner Landesvertreterversammlung in Bergisch Gladbach einen, den o.g. neuen Namen gegeben. Damit wird die besondere Bedeutung der Staatsanwälte im Verband betont. Weiterhin hat er den Richter am Amtsgericht Moers, Reiner Lindemann, zu seinem neuen Landesvorsitzenden gewählt. Er löst Jens Gnisa ab, der mit minutenlangem stehendem Beifall verabschiedet wurde.

Zu neuen stellvertretenden Landesvorsitzenden wurden ROLG Joachim Lüblinghoff aus Hamm und StA Jochen Hartmann aus Mülheim gewählt.

Nach seiner Wahl erklärte Reiner Lindemann: „Die Landesvertreterversammlung hat mir eine verantwortungsvolle, aber auch schwere Aufgabe übertragen. Als Nachfolger von Jens Gnisa, der den DRB-NRW in den letzten Jahren weit nach vorn gebracht hat, werde ich an das anknüpfen, was er geleistet hat.“

Die Justiz steht weiter vor großen Herausforderungen. Nach wie vor ist das Personalproblem bei der Justiz nicht gelöst, nach wie vor haben Richter und Staatsanwälte in NRW an einer erheblichen Überlast zu tragen, zu viele Arbeitsaufgaben müssen von zu wenig Personen erledigt werden. Es darf einfach nicht sein, dass Personen, die schwerer Straftaten dringend verdächtig sind, nur deshalb aus der Untersuchungshaft entlassen werden müssen, weil das Hauptverfahren wegen fehlenden Personals nicht Zeit angemessen verhandelt werden konnte.

Die Qualität der Arbeitsergebnisse gerade von Richtern und Staatsanwälten darf nicht unter zu geringer Personalausstattung leiden.

Auch die Qualität der technischen Ausstattung ist noch längst nicht auf dem Stand, auf dem sie sein sollte. Zu viele Probleme in der Bedienung von Informationstechnik halten von der angemessenen Befassung mit Inhalten ab. Mit Nachdruck werde ich mich mit dem DRB für den Abbau dieser Probleme einsetzen.“

* vom 14. 10. 2008

Kollegen überbrückt, die den Neulingen zumindest die grundlegenden Funktionen und wichtigsten Formulare zeigen und erklären. Da in einzelnen Gerichten diese widrigen Umstände kumulativ bestehen, kommt es auch schon zu Überlegungen der jungen Kollegen, der Justiz wieder den Rücken zu kehren und die richterliche Tätigkeit wieder aufzugeben. Dies zeigt auf, wie dringend bei den Arbeitsbedingungen gerade der Berufseinsteiger Verbesserungen nötig sind.

Allerdings gab es auch lobende Worte für Teile der EDV-Neuerungen. Manche Verfügungen aus dem Programm ACUSTA stellen für die Mitarbeiter der Serviceeinheiten eine wirkliche Erleichterung dar. Auch sind manche Verfügungsformulare gerade für den Einsteiger hilfreich, weil sie ihm anbieten, welche weiteren Schritte evtl. noch zu veranlassen sein könnten. Dabei wurde aber nicht verkannt, dass in diesen Verfügungsformularen mitunter Punkte untergebracht sind, die gar nicht in den Aufgaben- und Zuständigkeitsbereich des Dezernenten fallen, aber bereits in dieser Verfügung erledigt werden sollen. Dies führt zu einer schleichenden Verlagerung von Aufgaben auf den Dezernenten, für die er eigentlich nicht zuständig und im übrigen auch nicht ausgebildet ist (Bewirkung von Zustellungen, Vollstreckung von Geldstrafen u. ä.), die aber im Falle von Fehlern oder Missverständnissen dann in seinen Verantwortungsbereich zurückfallen. Hier fordern die Assessoren eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten und der jeweiligen Verantwortung, die dann aber auch in den ACUSTA- und JUDICA-Formularen konsequent umgesetzt werden muss.

Bemängelt wurde zudem die Qualität des technischen Unterstützungsteams des BIT in Düsseldorf. Die Umsetzung der sog. „Tickets“ im Einzelfall funktioniert nach übereinstimmender Einschätzung der Diskussionsteilnehmer zufriedenstellend bis gut, allerdings ist der Informationsfluss dazu, dass es mit bestimmten Programmteilen bei JUDICA und ACUSTA technische Probleme gibt, mehr als unzureichend. Häufig beschränkt sich die Hilfestellung der BIT-Mitarbeiter auf den Rat, den PC noch einmal neu zu starten.

Insgesamt sind die jungen Kollegen übereinstimmend der Meinung, dass der Mehraufwand für die Verwendung von JUDICA und ACUSTA in den Personalbedarfszahlen und in der Belastung des Dezernenten berücksichtigt werden müssen. Auch die Eildienste, die ohne jegliche Gegenleistungen quasi als „Bonbon“ zu haben sind,

bewirken eine erhebliche Steigerung der Belastung. Die dort anfallenden Zeiten und Arbeiten müssen ebenfalls dringend Eingang in die Pensenberechnung finden, zumal gerade die Tätigkeit in den Eilzuständigkeiten „allein auf weiter Flur“ als besonders verantwortungsbeladen wahrgenommen wird.



Unsere Assessoren

Darüber hinaus besteht inzwischen vielfach der Eindruck, dass Zusatzbelastungen wie Vertretungen in Krankheitsfällen oder Dauervertretungen wegen Elternzeit nicht gleichmäßig zwischen den jungen und den altgedienten Kollegen aufgeteilt werden, sondern vielfach gerade die Berufseinsteiger, die sich in die Routine der Dienstgeschäfte erst einfinden müssen, in besonderem Maße herangezogen werden.

Zur Frage des persönlichen Umgangs mit dieser Belastungssituation wird angedeutet, dass vielfach die berechtigte Kritik an den Verhältnissen auch im Einzelfall nicht an

die zuständigen Stellen in den Verwaltungen weitergemeldet werden, aus Angst, auf diese Weise unangenehm aufzufallen, sich dem Vorwurf der Überforderung auszusetzen und dadurch Konsequenzen für die eigene Zukunft bis hin zur Frage der Verplanung heraufzubeschwören. Es gebe auch gerade in dieser Hinsicht keinerlei positives Feedback, wenn entsprechende Hinweise erfolgen. Insgesamt entsteht das Gefühl, als junger Berufseinsteiger werde man „verheizt“ – und das bis hin zu negativen Folgen für die eigene Gesundheit.

Last but not least: Die Besoldung. Es fielen klare Worte dazu, dass diese im Vergleich mit der Wirtschaft schlecht sei. Angeblich werde es inzwischen auch schwächer, die Kandidaten mit guten Examennoten für den Staatsdienst zu gewinnen. **Die „miese“ Bezahlung wird auch als Zeichen mangelnder Wertschätzung wahrgenommen.** Verantwortung, Arbeitsaufwand und vielfach fehlende Freizeit spiegeln sich nicht in der Entlohnung wider. Vielmehr ist es kaum noch möglich, als junger Kollege, der auch seine private Weichenstellung in den ersten Dienstjahren vornehmen muss, eine Familie einzuplanen oder gar den angesichts der Tätigkeit doch nicht unbescheidenen Wunsch nach einem neuen Auto oder einer eigenen Wohnung zu hegen. Das Einstiegsgehalt ist deutlich zu niedrig, aber auch die Spanne, die ggf. für Steigerungen zur Verfügung steht, ist zu klein und spornt keineswegs zu besonderen Leistungen an. Letztlich verbleibt als einziger echter Reiz der Tätigkeit in der Justiz die Möglichkeit der unkomplizierten Familienplanung durch Teilzeittätigkeit.

Versöhnlich stimmt in der Bestandsaufnahme insgesamt eigentlich nur das Verhältnis zu den Kollegen. Dort werden Hilfsbereitschaft und Freundlichkeit hoch gelobt und ersichtlich als Stütze in der zum Teil trostlosen Lage empfunden.

Interview mit dem neuen Landesvorsitzenden

Reiner Linde ... wer ist der Mann?

Guten Morgen Herr Lindemann, mein Beileid, jetzt haben Sie den Job.

Tja, was soll ich sagen? ...

Betreiben Sie neben Sitzungssport auch noch andere Sportarten?

Ich rauche keine Zigarren, aber sonst halte ich es mit Winston Churchill: „No sports!“

1968 haben Sie in Moers Ihr Abitur gemacht – sind Sie ein typischer 68er?

Wahrscheinlich, aber 40 Jahre sind schon eine lange Zeit! ...

Warum haben Sie ausgerechnet Jura studiert; Sie waren doch mal Kultur-Kneipier?

Die Kneipe war insbesondere eine „Politik“-Kneipe, ich wollte eine Grund-



Reiner Lindemann

lage, um – damals – Bundeskanzler zu werden (Berufswunschangabe im ersten Anmeldebogen an der Uni). ...

In welchen Dezernaten haben Sie sich als Richter überall herumgetrieben?

Zivilsachen, Strafsachen (Strafrichter, Jugendrichter, Strafkammer, Schwurgericht), Betreuungssachen, Abschiebungshaftsachen, Gs-Richter, Pressedezernat. ...

Sie könnten Ihr Berufsleben langsam ausklingen lassen – was treibt einen Mann

in Ihrem reifen Alter an die Richterbundspitze?

Ich war schwimmen, ließ mich ein wenig treiben, und schon war's passiert. ...

Was war Ihr bislang größter Fehler?

Einer? ...

Wie fahren Sie Auto – als Sanguiniker oder eher cholerisch? (kleiner Psychotest ...)

Mal so und mal so. ...

Können Sie Ferien machen oder fühlen Sie sich da wie ein Goldhamster ohne Rad?

Mit Beginn des Kofferpackens bin ich schon „weg“! ...

Lösen Sie abends mit Ihrer Ehefrau Fälle oder haben Sie noch andere Themen? ...

... ???

Lieben Sie Mozart – oder nur die Kugeln?

Ich liebe ganz viele Klassiker und ganz viele Moderne, und Kugeln auch. ...

Was lesen Sie am liebsten – sagen sie jetzt nicht RiStA!

Jüngere Geschichte (History).

Vielen Dank für das Interview!

Das Interview führte unser Redaktionsmitglied Dr. Einhard Franke.



Mitglieder des Gesamtvorstandes

Aufnahme sofort!

Tag und Nacht - Hilfe für süchtige Menschen

Wir nehmen jeden hilfesuchenden Süchtigen (auch mit Kind/ern) schnell und unbürokratisch bei uns auf - ohne Vorbedingung. Wir arbeiten seit 35 Jahren erfolgreich nach dem Prinzip der Suchtselbsthilfe.



Tel. 030 55 0000
www.synanon.de

Synanon

LEBEN OHNE DROGEN

Staatliche Anerkennung

Synanon ist eine anerkannte Einrichtung zur Behandlung Drogenabhängiger nach §§ 35 und 36 des BtmG

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit durch die Zuweisung von Bußgeldern.

STIFTUNG SYNANON

Bernburger Str. 10

10963 Berlin

Telefon 030 55000-111

Commerzbank Berlin

Kto. 658 700 000 (BLZ 100 400 00)



Verbändeanhörung zum Landeshaushalt 2009

Wir fordern: Amtsangemessene Besoldung für Richter und Staatsanwälte

Enttäuschung über die Fortschreibung der mangelhaften Finanzausstattung der Justiz

Der Deutsche Richterbund – NRW – hat in seiner Stellungnahme zu dem von der Landesregierung vorgelegten Haushaltsplan für das Jahr 2009 seine tiefe Enttäuschung ausgedrückt. Der DRB – NRW war in der Sitzung des Haushaltsunterausschusses Personal am 14. 10. 2008 durch das Vorstandsmitglied DinAG Lydia Niewerth, die zugleich Mitglied des Bundespräsidiums in Berlin ist, sowie durch den Vorsitzenden des Richtervereins der Sozialgerichtsbarkeit, Hermann Frehse, vertreten. In der schriftlich eingereichten Stellungnahme führte der DRB-NRW für die ordentliche Gerichtsbarkeit u. a. aus:

Die durch die mangelhafte Finanzausstattung der Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Staatsanwaltschaften hervorgerufenen Probleme werden dem Landtag gegenüber nicht offen dargestellt und wichtige Richtungsentscheidungen werden nicht getroffen. Der Haushalt wird insgesamt der Stellung der Justiz als 3. Staatsgewalt nicht gerecht. Wir bitten deshalb den Landtag darum, den Haushalt in dieser Form nicht zu beschließen.

1) Belastung/Personalausstattung

- a) In der Begründung zum Einzelplan 04 behauptet die Landesregierung, der Justiz ein solides Fundament gegeben zu haben. Wo dies zur Stärkung der Funktionsfähigkeit der Justiz erforderlich gewesen sei, habe sie die notwendigen haushaltswirtschaftlichen Konsequenzen gezogen. Seit Regierungsantritt seien – zum Teil durch Streichung von kw-Vermerken und die Umwandlung von Haushaltsmitteln – allein für die Gerichte und Staatsanwaltschaften rd. 550 neue Stellen geschaffen worden. Sodann werden für Einzelbereiche in 2009 geplante Personalverstärkungen dargestellt.
- b) Diese Darstellung ist richtig, verstellt aber den Blick auf die Gesamtsituation, die auch unter Berücksichtigung der oben aufgeführten Verbesserungen insgesamt von einem drastischen Personalabbau geprägt ist. Vergleicht man die Stellenpläne vom Jahr des Regierungsantritts

(2005) bis zum Jahr 2009 in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei den Staatsanwaltschaften, so stellt sich die Sachlage wie folgt dar:

Stellenübersicht (planmäßige Beamte und Richter, beamtete Hilfskräfte, Arbeitnehmer)

		Jahr			
		2005	2006	2007	2008 2009
	Stellen				
		21.401	21.208	20.946	20.726 20.372

Hieraus folgt: Seit Regierungsantritt hat die Landesregierung die Stellen in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei den Staatsanwaltschaften jährlich reduziert. Insgesamt sind in den letzten fünf Haushaltsjahren 1.029 Stellen verloren gegangen. Dies sind rd. 4,8 % des Gesamtbestandes. Allein in 2009 sollen wieder 354 Stellen abgebaut werden.

- c) Wichtiger als die Frage des drastischen Personalabbaus als solchem ist allerdings die Feststellung, dass dieser Personalabbau durchgeführt wird, obwohl erwiesenermaßen in fast allen Bereichen Personal fehlt. In der Vergangenheit gab es bedauerlicherweise kein anerkanntes Berechnungssystem für den tatsächlichen Personalbedarf der Justiz. Diesem Mangel ist von der Landesregierung selbst abgeholfen worden, indem das System PEBBSY installiert worden ist. Wir dürfen daran erinnern, dass PEBBSY von einer unabhängigen Unternehmensberatungsgruppe entwickelt und dieses Konzept von der Landesregierung selbst abgenommen worden ist. Wir gehen deshalb davon aus, dass die Personalbedarfsberechnung nach PEBBSY valide ist. PEBBSY belegt nun, dass in fast allen Bereichen Personal fehlt – in der ordentlichen Gerichtsbarkeit allein ca. 500 Richter und 200 Staatsanwälte. Es erschließt sich uns nicht, weshalb gleichwohl von der Landesregierung die eigenen Berechnungen übergangen und gegenüber dem Landtag der Eindruck hervorgerufen wird, die Justiz befinde sich haushaltswirtschaftlich auf einem soliden Fundament, der einen weiteren Personalabbau ermögliche. Das Gegenteil ist der Fall.
- d) Immer wieder wird allerdings sowohl von der jetzigen Landesregierung als auch von den Vorgängerregierungen dar-

auf hingewiesen, dass durch die Modernisierung der Gerichte und Staatsanwaltschaften – insbesondere die Ausstattung mit moderner IT – und auch durch die Arbeitszeitverlängerungen im Beamten- und Tarifbereich Binnenressourcen erschlossen worden seien. Dies ermögliche den geplanten Personalabbau. Selbst unterstellt, dies sei richtig, stellt dies jedoch kein eigenständiges Argument dar. Denn die Arbeitszeitverlängerung hat unmittelbar in die Personalbedarfsberechnungen nach PEBBSY Eingang gefunden und ist damit bereits in den obigen Zahlen enthalten. Soweit durch die Einführung von IT oder Reorganisationsmaßnahmen Arbeitsabläufe vereinfacht worden sein könnten, wird PEBBSY von der Landesregierung laufend nachgebessert, sodass auch dieses Argument im System selbst schon Berücksichtigung gefunden hat.

Forderungen:

Der Deutsche Richterbund – NRW – fordert deshalb eine Personalausstattung, die PEBBSY entspricht. Hierzu ist der Personalabbau in allen Ebenen sofort zu stoppen. Die Justiz verfügt nach den eigenen Feststellungen der Landesregierung eben nicht über Personalreserven, die eingezogen werden könnten.

Wir fordern weiterhin ein Konzept zur Umsetzung der PEBBSY-Ergebnisse, ansonsten ist die Arbeitsfähigkeit der Justiz ernsthaft gefährdet. Ergänzend dürfen wir darauf hinweisen, dass immer mehr Regierungen in anderen Bundesländern wie Schleswig-Holstein, Bayern und nun auch Niedersachsen dazu übergehen, ihre Justiz nach PEBBSY auszustatten.

2) Besoldung

- a) Der Deutsche Richterbund – NRW – begrüßt nachhaltig die Zusage des Ministerpräsidenten Dr. Jürgen Rüttgers, ab 2009 die Beamten- und Richterbesoldung wieder im Gleichklang mit dem Tarifbereich zu gestalten. Dies entspricht unseren Forderungen aus den letzten Jahren und wird deshalb von uns positiv hervorgehoben.
- b) Durch die Besoldungskürzungen der vergangenen Jahre ist jedoch aus unserer Sicht die Alimentation nicht mehr amtsangemessen, und damit ist ein verfassungswidriger Zustand eingetreten. Dies wird durch das Gutachten des VRFG Hans Wilhelm Hahn, Düsseldorf, vom 13. 9. 2007 belegt, das wir dem Ausschuss übersandt haben. Herr Hahn ist

Der Standardkommentar für Gerichte und Ausbildung

Das Werk

bietet eine umfassende Kommentierung des Richterdienstrechts mit der gesamten Rechtsprechung zur Unabhängigkeit der Richter. Auch die für die Praxis wichtigen Vorschriften außerhalb des Deutschen Richtergesetzes sind mitkommentiert:

- Verordnung über das allgemeine Dienstalter der Richter
- Verordnung über die Nebentätigkeit der Richter im Bundesdienst
- Richterwahlgesetz

Die Darstellung zeichnet sich durch eine klare Sprache und einen übersichtlichen Aufbau aus, der dem Benutzer den schnellen Zugriff ermöglicht.

Die 6. Auflage

verarbeitet alle Änderungen des Richtergesetzes aus den letzten Jahren:

- das Bundesdisziplinarrechts-Neuordnungsgesetz mit der Abschaffung der Behörde des Bundesdisziplinaranwaltes
- das Gesetz zur Reform der Juristenausbildung mit der Vermittlung besonderer Schlüsselqualifikationen wie Gesprächsführung, Vernehmungslehre und Streitschlichtung
- das Gesetz zur Vereinfachung der Verfahrensvorschriften zur Wahl und Berufung der ehrenamtlichen Richter



Hilfreich für

Richter, Rechtsanwälte, Ministerien, Rechtspfleger, Referendare, Arbeitsgemeinschaftsleiter.

Fax-Coupon

— Expl. 978-3-406-49947-0
Schmidt-Räntsch, Deutsches Richtergesetz
6. Auflage. 2009. XXIV, 1174 Seiten.
In Leinen € 174,—

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Datum/Unterschrift _____ 141503

Bei schriftlicher oder telefonischer Bestellung haben Sie das Recht, Ihre Bestellung innerhalb von 2 Wochen nach Absendung ohne Begründung in Textform (z.B. Brief, Fax, E-Mail) zu widerrufen. Die rechtzeitige Absendung des Widerrufs innerhalb dieser Frist genügt. Die Frist beginnt nicht vor Erhalt dieser Belehrung. Der Widerruf ist zu richten an den Lieferanten (Buchhändler, beck-shop.de oder Verlag C.H. Beck, c/o Nördlinger Verlagsgesellschaft, Augsburg Str. 67a, 86720 Nördlingen). Im Falle eines Widerrufs sind beiderseits empfangene Leistungen zurückzugewähren. Kosten und Gefahr der Rücksendung trägt der Lieferant. Zu denselben Bedingungen haben Sie auch ein Rückgaberecht für die Endlieferung innerhalb von 14 Tagen seit Erhalt.
Ihr Verlag C.H. Beck oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München.

Bestellen Sie bei Ihrem Buchhändler oder bei:
Verlag C.H. Beck · 80791 München · beck.de
E-Mail: bestellung@beck.de · Fax: 089/38189-402



zu dem Ergebnis gekommen, dass im Zeitraum von 1992 – 2007 die Beamtenbesoldung bei einer Inflationsquote von 31,9% lediglich in Höhe von 22,45% angepasst worden ist. Die Besoldung ist damit um rd. 9,5 %-Punkte hinter der Preisentwicklung zurückgeblieben. An diesem Ergebnis ändert auch die Besoldungserhöhung vom Juli 2008 nichts. Denn diese vermag auf Grund der Verlagerung des Anpassungstermins auf die Jahresmitte nicht einmal die Inflation des Jahres 2008 auszugleichen. Festzuhalten ist, dass die drastischen Besoldungskürzungen der letzten Jahre selbst unter Gegenrechnung der Anpassungen sogar absolut zu einer Absenkung der Besoldung geführt haben. Die Richter, Staats-

anwälte und Beamten verdienen auch unter Berücksichtigung der Anpassung vom Juli 2008 im Jahr 2008 weniger als im Jahr 2004(!).

Mittlerweile liegt auch das Gutachten der Unternehmensberatung Kienbaum vor, das wir beifügen. Kienbaum bestätigt in seiner Untersuchung die Einschätzung des DRB, wonach die Besoldung der Richter und Staatsanwälte nicht nur hinter der Inflationsquote zurückgeblieben ist, sondern noch deutlicher hinter der Gehaltsentwicklung von Juristen in vergleichbaren Positionen außerhalb der Justiz.

Vor diesem Hintergrund werden zurzeit zahlreiche Musterprozesse geführt.

Unabhängig von der juristischen Einschätzung besteht jedoch nach wie vor die Chance, dieses Problem politisch zu lösen. Der DRB-NRW ist insoweit verhandlungs- und kompromissbereit.

c) In diesem Zusammenhang kann nicht unerwähnt bleiben, dass die R-Besoldung insbesondere im Eingangsbereich nicht mehr konkurrenzfähig ist. Die Justiz verfügt deshalb nicht mehr über eine ausreichende Zahl qualifizierter – insbesondere auch männlicher – Bewerber, um ihren Bedarf decken zu können. Hier ist sofortige Abhilfe dringend geboten.

Forderungen:

Der DRB -NRW- fordert, entsprechend den Zusagen des Ministerpräsidenten die Beamten- und Richterbesoldung wieder im Gleichklang mit dem Tarifbereich zu gestalten. Ferner ist ein Konzept zu erstellen, auf welche Weise die Besoldung wieder in den amtsangemessenen Bereich geführt werden kann. Darüber hinaus besteht ein besonderer, dringender Handlungsbedarf bei den unteren Altersgruppen. Hier muss eine zusätzliche deutliche Besoldungsverbesserung durchgeführt werden.

Ergänzung aus der mündlichen Anhörung

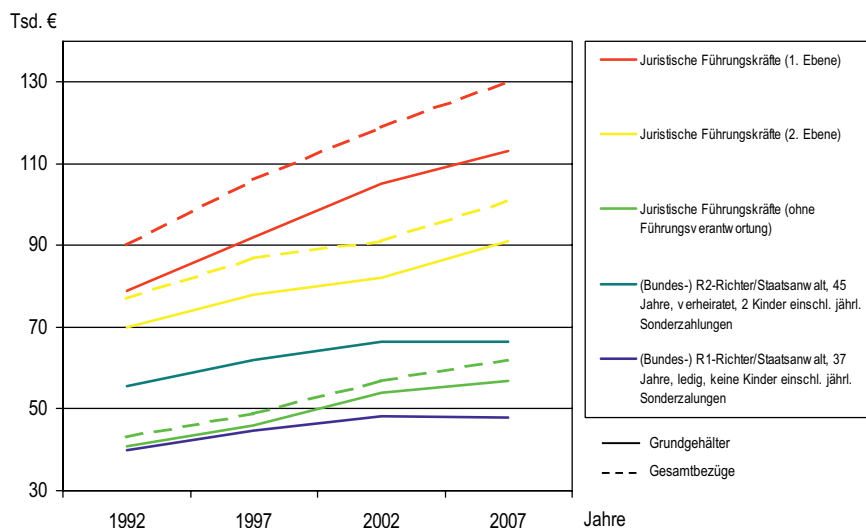
DinAG Lydia Niewerth führte im Landtag aus:

Ihr besonderes Augenmerk möchte ich noch auf die Situation der Staatsanwaltschaften in NRW lenken.

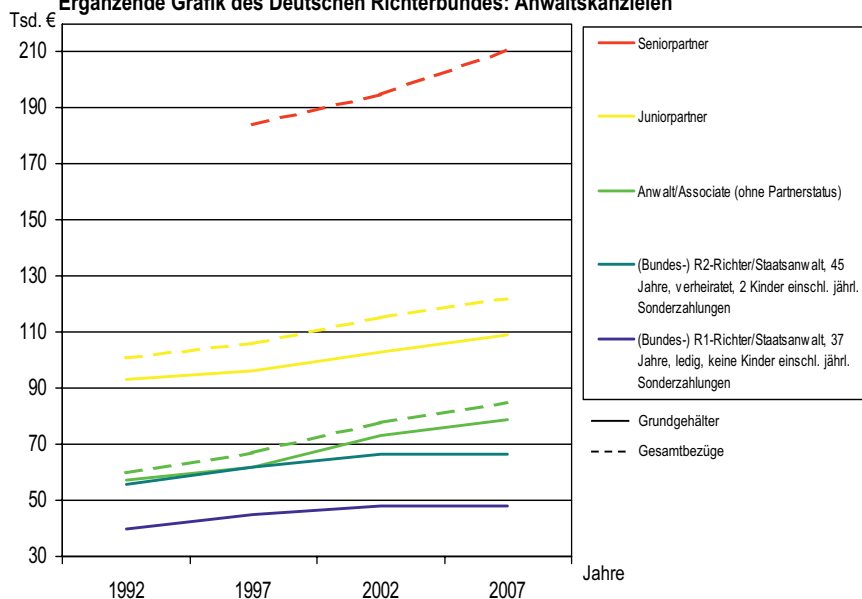
Die Statistik zeigt, dass die Fallzahlen ständig steigen: von 2003 bis 2007 um 17%; bei dem Ihnen bekannten Personalabbau bedeutet dies entsprechende Mehrarbeit für die Staatsanwälte. Ein Jugendstaatsanwalt muss beispielsweise im Jahr ca. 2.500 Fälle bearbeiten, umgerechnet bedeutet dies: er hat für jeden Fall 45 Minuten Zeit. Das wird Ihnen viel erscheinen. Aber davon müssen wir noch die Zeiten für Sitzungsververtretung, Vernehmungen, Vertretungen usw. abziehen, das heißt: es bleiben pro Fall 25 Minuten.

Wir unterstützen das Anliegen der Landesregierung Jugendkriminalität effektiv zu bekämpfen, aber 25 Minuten pro Fall? Kann

Ergänzende Grafik des Deutschen Richterbundes: Privatwirtschaft



Ergänzende Grafik des Deutschen Richterbundes: Anwaltskanzleien



sich ein Staatsanwalt in dieser Zeit ausreichend mit der Sache befassen? Es geht nicht nur um Ladendiebstähle, sondern auch um umfangreiche Verfahren wegen Bandendiebstahls u. ä.

Können wir in 25 Minuten dem Anspruch gerecht werden, eine vernünftige Lösung im Einzelfall zu finden, die dem jungen Straftäter gerecht wird?

Wir, die Richter und Staatsanwälte in NRW, wollen gute Arbeit leisten. Wir brauchen dafür qualifiziertes Personal. Gute Richter und Staatsanwälte kosten Geld. Sie sind nicht zum Nulltarif zu erhalten. Wir haben inzwischen Probleme, gute Juristen als Richter und Staatsanwälte einzustellen. Ein Berufsanfänger verdient in einer Anwaltskanzlei leicht das Doppelte wie ein Richter. Warum sollte er da bei der Justiz anfangen und für weniger Geld dieselben langen Arbeitszeiten in Kauf nehmen?

Wir haben ein deutliches Gefälle bei der Besoldung von Richtern und Staatsanwälten in den Ländern – und NRW ist längst abgehängt. Wir sind gezwungen, unsere berechtigten Ansprüche klageweise durchzusetzen.

Sie haben seit der Föderalismusreform die Besoldungshoheit. Sorgen Sie dafür, dass in NRW Richter und Staatsanwälte amtsangemessen für qualifizierte Arbeit bezahlt werden. Widerlegen Sie damit die Behauptung von BJMin Brigitte Zypries, die auf dem Deutschen Juristentag in Erfurt erklärt hat, es sei ein Fehler gewesen, mit der Föderalismusreform den Ländern die Besoldungshoheit über Richter und Staatsanwälte zu geben!“

**Fortsetzung
in RiStA 1/2009
mit den Stellung-
nahmen der Arbeits-
gerichtsbarkeit
„Arbeitsrichter protes-
tieren: Stellenabbau
unvertretbar“ und der
Sozialgerichtsbarkeit
„Sozialrichter prote-
stieren: Arbeitsbe-
lastung ist zu hoch“.**

Kronzeuge Linssen

Banken-Rettungs- paket ohne Folgen für Besoldung

Das Banken-Rettungspaket des Bundes wird laut Finanzminister Helmut Linssen auf Jahre keine Auswirkungen auf den Landeshaushalt haben. Möglicherweise bis „2012 oder 2013“ werde das Paket nicht zu Belastungen im NRW-Etat führen, erklärte Linssen (so wird er auf der Homepage der Landesregierung zitiert) am 22. 10. 2008 im Düsseldorfer Landtag. Da die zwischen Bund und Ländern vereinbarten Garantien für die Banken bis Ende 2009 befristet seien, könnten erst in den Folgejahren eventuelle Folgekosten für NRW berechnet werden.

Die Justizverbände können gestärkt in die Besoldungsverhandlungen für 2009 gehen. Ausgerechnet der Landesfinanzminister, der seit Jahren die Interessen der NRW-Staatsdiener so wenig beachtet, dass deren Alimentation nicht mehr verfassungsgemäß ist, hat sich zum Kronzeugen der Gewerkschaften und Standesorganisationen erhoben.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Bankenkrise war zu befürchten, dass die berechtigten Besoldungsforderungen auch der Richter und Staatsanwälte unterlaufen werden könnten. Diesen Rückgriff hat der Minister nun selbst unmöglich gemacht. Linssen hat nämlich eingeräumt, dass die Finanzkrise den NRW Haushalt nicht belasten werde. Also dann mal los, Herr Finanzminister. Deutlich mehr als 3 % heißt 8 % und die volle Gewährung des Weihnachtsgeldes, das ist das Mindeste, was die Regierung bringen muss, will sie bei den 3+1 Wahlen 2009/10 (Kommunalwahl; Europawahl; Bundestagswahl und die entscheidende Landtagswahl) nicht eine erdrutschartige Niederlage vergegenwärtigen.

ROM, Toskana, Elba, Amalfi, Süditalien,
Sizilien, Griechenland, Kroatien
Schöne Villen, preiswerte FeWos,
Hotels, Landgüter. **Hunde willkommen.**
www.fewo-it.de, Tel. (02 03) 3 93 48 22



**Coupon 1 Ihres
Berechtigungs-
scheines vorlegen...**

**...und Geld
bekommen!**

Besitzer eines Berechtigungsscheines sind Sie, wenn Ihr Lebens- oder Rentenversicherungsverhältnis bei der ehemaligen Deutsche Beamten-Versicherung am 31.12.1989 schon und am 26.04.1990 noch bestanden hat und bei Ihnen keine Gesamtschädigung vorgenommen wurde.

Nähere Informationen unter www.dbvoer.de oder der Service-Nummer 01803 202608 (*9 Cent je angefangene Minute a. d. dt. Festnetz, ggf. abw. Mobilfunktarif).



DBV Öffentlichrechtliche
Anstalt für Beteiligungen

Beitrittserklärung

Ich erkläre meinen Beitritt zum Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen e.V.
als Landesverband des Deutschen Richterbundes

zur Bezirksgruppe _____, mit Wirkung vom _____

Name: _____ Vorname: _____ geb.: _____

Amtsbezeichnung: _____ Dienstort: _____

Richter/Richterin auf Probe bitte Einstellungsdatum angeben: _____

Privatanschrift:

(PLZ, Ort) (Straße)

(E-Mail-Adresse)

Der Mitgliedsbeitrag beträgt für aktive Richter und Staatsanwälte jährlich 167,20 € zzgl. eines geringen Zuschlags für die örtliche Bezirksgruppe.
Hierin enthalten ist das Abonnement der Deutschen Richterzeitung zum Vorzugspreis von derzeit 38,00 € plus 9,20 € Versandkosten.

☐ Ich möchte die Deutsche Richterzeitung nicht beziehen

_____, den _____
(Unterschrift)

In die Übermittlung meiner Anschrift an den Bundesverband zum Zwecke der Erfassung aller Mitglieder des Deutschen Richterbundes durch den Bundesverband willige ich in entsprechender Anwendung von § 4 a Abs. 3 i.V. § 3 Abs. 9 BDSG ein.

(Unterschrift)

Einzugsermächtigung

Name: _____ Vorname: _____

Ort: _____ Straße: _____

Ich ermächtige den Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen, meinen Mitgliedsbeitrag von folgendem Konto bis auf Widerruf abzubuchen:

(Konto-Nr.) (Name des Instituts)

(Name des Kontoinhabers) (Bankleitzahl)

Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

(Ort, Datum) (Unterschrift)

Presseerklärung***Besoldungsautomatik?**

Richter und Staatsanwälte werden gezwungen, ihre amtsangemessene Besoldung in Klagen vor den Verwaltungsgerichten durchzusetzen! Die Besoldung bleibt infolge zahlreicher offener und verborgener Gehaltskürzungen in den letzten Jahren mit mehr als 20 Prozent nachweislich hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung zurück. Vor diesem Hintergrund will der nordrhein-westfälische Landtag die Automatik für die Diätenerhöhung einführen!

Ohne Zweifel: Wer für den Staat und seine Bürger Verantwortung trägt, muss angemessen bezahlt werden. Dies gilt im gleichen Umfang für die dritte Staatsgewalt – die Justiz! Wo aber bleibt das Berufsethos der Abgeordneten?

Eine Automatik für Diätenerhöhungen? Gibt es sie also doch, die viel beschworene Selbstbedienungsmentalität der Abgeordneten?

Der Vorsitzende des Bundes der Richter und Staatsanwälte in NRW, Reiner Lindemann, hierzu: „Der Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW appelliert an die Abgeordneten des Landtags, die hohe Motivation in der Justiz nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Die Funktionsfähigkeit der Justiz wird nur noch vom großen Einsatzwillen und einem hohen Berufsethos der Richter und Staatsanwälte getragen. Der Frust von Richtern und Staatsanwälten wird jährlich proportional zu der beabsichtigten automatischen Diätenerhöhung steigen! 500.000 Beschäftigte in der Justiz werden sich im Wahljahr 2010 hieran erinnern!“

* vom 13. November 2008

Letzte Meldung: Als Erfolg des Aufschreies in der Bevölkerung hat der Landtag diese Automatismusregelung inzwischen zurückgenommen.

Glosse**Unmöglich!**

Nach einer Presseerklärung des LG Düsseldorf vom 13. 11. 2008 hat ein Richter der dortigen Staatshaftungskammer das Land NRW, vertreten durch den Finanzminister, dieser vertreten durch das Landesamt für Besoldung und Versorgung, wegen Amtspflichtverletzung verklagt. Mit der Klage macht er geltend, dass er wegen schuldhaft unterbliebener Anpassung seiner Besoldung einen Einkommensnachteil erlitten habe, den er – gestützt auf ein Gutachten der Unternehmensberatung Kienbaum – auf etwa 20 % seiner monatlichen Nettobezüge beziffert. Er ist Richter im Eingangsamt, 37 Jahre alt und verheiratet. Für November 2008 verlangt er die Zahlung weiterer 582,91 Euro netto.

Düsseldorf, Januar 2009. Nachdem die Staatshaftungskammer den Rechtsstreit mangels grundsätzlicher Bedeutung auf den Einzelrichter übertragen hatte, verurteilte dieser das beklagte Land zur Zahlung von 582,91 Euro an sich selbst. Eine Berufung ist nicht zulässig, da der Berufungswert nicht erreicht wird. Der Kläger hat in einem gesonderten Verfahren den Schaden eingeklagt, der ihm im Dezember entstanden ist ...

Unmöglich? In der Justiz ja, schon wegen § 41 Nr. 1 ZPO. Für die erste Staatsgewalt gilt die Vorschrift leider nicht. Und das Korrektiv, so etwas wie politischer Anstand, funktioniert offenbar nicht. Die erste Staatsgewalt beschließt nämlich für die Zukunft eine jährliche Anhebung ihrer Diäten. Unanständig!

Westfälisches KINDERDORF

Lebensort • Zuhause • Heimat

Ihre Bußgeldzuweisung ...

hilft, über 300 Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine neue Heimat in Kinderdorffamilien und Wohngruppen zu geben. Sie trägt dazu bei, dass wir weiterhin (Jugend-)Hilfe leisten und auch in Zukunft die richtigen Antworten auf die Notlagen junger Menschen geben können.

Ihre Bußgeldzuweisung

- sichert den hohen Standard unserer Hilfen und ermöglicht es, unsere Betreuungsangebote weiter an die Bedarfe benachteiligter junger Menschen anzupassen;
- trägt dazu bei, unsere Einrichtungen zu erhalten, zu renovieren oder auszubauen;
- macht die Finanzierung besonderer Therapien und Förderungen, Ferienveranstaltungen und Freizeitangebote erst möglich.



Sie können helfen! Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit durch die Zuweisung von Geldbußen!

Ihr regionales Kinderdorfwerk in Westfalen und Niedersachsen

... gibt an Leib und Seele misshandelten jungen Menschen eine neue Heimat!

Als kompetenter Partner der Gerichte bieten wir Ihnen seit mehr als 40 Jahren die Sicherheit, die Sie für Ihre Arbeit brauchen: Ihre Bußgeldzuweisung wird durch geschulte und erfahrene Mitarbeiterinnen bearbeitet; Zahlungsbestätigung, Kontoauszüge, Hinweise

auf säumige Zahler etc. senden wir Ihnen tagesaktuell und unaufgefordert zu. Und selbstverständlich stellen wir für Geldbußen keine Spendenquittungen aus.

Für den verantwortungsvollen Umgang mit den anvertrauten Geldern bürgt auch das Spendensiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI).

Gern senden wir Ihnen weitere Infos zu.

Weiterhin stellen wir Ihnen zur Arbeitserleichterung auf Wunsch vorbereitete Adressaufkleber zur Verfügung.

Westfälisches Kinderdorf e.V.

Haterbusch 32 • 33102 Paderborn

Telefon: 0 52 51 / 89 71-0 • Fax: 89 71-20

E-Mail: info@wekido.de • www.wekido.de

Bußgeldkonto:

Sparkasse Paderborn

(BLZ 472 501 01) Konto-Nr. 117



Ergebnis der Amtsrichterumfrage

Amtsrichter fühlen sich benachteiligt

Mehr als die Hälfte aller Richter, die bundesweit in der ordentlichen Justiz tätig sind, sind Amtsrichter. Sie stellen damit die Mehrheit der Richterschaft in der ordentlichen Justiz. Da sich der DRB als Interessenvertreter aller Richter und Staatsanwälte versteht, wollte sich das Präsidium des DRB im Sommer 2007 mit der Umfrage bei den Landesverbänden auch mit den besonderen Belangen der Amtsrichter befassen. Soweit die Landesverbände sich zurückgemeldet haben, kamen teils ausführliche Stellung-

nahmen zustande. Der nachfolgenden Übersicht können die wesentlichen Ergebnisse entnommen werden:

Welche speziellen „Klagen“ der Amtsrichter sind bekannt geworden?

- Eildienst; mangelnde Berücksichtigung in PebbSy, in der Personalausstattung im Verhältnis zu LG/OLG und teils in der Sachausstattung; bemängelt wird die fehlende praktische Umsetzung der Entscheidung des BVerfG durch die LJVen;
- hohe Arbeitsbelastung durch „Stärkung der 1. Instanz“ infolge diverser Gesetze (z. B. Streitwerterhöhung) ohne verbesserte Personalausstattung; (in NRW wurden

in einem OLG-Bezirk durch Belastungsausgleich Erprobungsstellen beim OLG gestrichen, was ebenfalls als Benachteiligung der Amtsrichter gesehen wird);

- Mehrarbeit im Vergleich zu LG/OLG durch Einführung von IT, da im AG mehr Arbeiten wie Verfügungen u. ä. anfallen, die pc-mäßig bearbeitet werden;
- unzureichende Berücksichtigung des Verwaltungspensums bei Amtsgerichtsdirektoren;

Anmerkung:

Als zuständiges Präsidiumsmitglied für die Belange der Amtsrichterinnen und Amtsrichter wünsche ich mir, dass die vorgenannte Übersicht vervollständigt werden kann und ein Austausch zwischen den Landesverbänden zustande kommt.

Lydia Niewerth
Mitglied des Präsidiums

*Wir wünschen allen
Leserinnen und Lesern
frohe Festtage und
ein erfolgreiches Jahr
2009!*



*Ihre RiStA-Redaktion
und Ihr
Landesvorstand*

Wie viele Amtsrichter sind im Landesverband organisiert (ggf. Schätzung)		Wie viele Amtsrichter nehmen im Landesverband Vorstandsarbeiten wahr?	Für welche Vorstandsaufgaben sind sie zuständig?
Baden-Württemberg*	400	5 (von 11)	Verwalter der Geschäftsstelle
Bayern	Nicht besonders erfasst	2	Vorsitzender Kassenverwalterin
Bremen	36 aktive 18 ehemalige	1	Vorsitzender
Hamburg	132 (von 548) = 24 %	4	Stellvertr. Vorsitzender Kassenwart
Brandenburg	Ca. 30 %	3	Stellvertr. Landesvors. 2 Bezirksgruppenvors.
Niedersachsen	Nicht erfasst	2	Vorsitzender Stellvertreter
Nordrhein-Westfalen*	40 %	5 (von 11)	Stellvertr. Vorsitzender Kassierer Geschäftsführer Präsidiumsmitglied als Mitglied des GV Chefredakteur von RiStA
Schleswig-Holstein	131 (von 512 in der ordentlichen Justiz)	3 (von 8)	Kassierer Sowie sonstige Aufgaben
Sachsen-Anhalt	100	3	Stellvertr. Landesvors. Landeskassenwart Beisitzer (Bezirksgruppenvors.)

* ein spezielles Gremium gibt es in NRW: Amtsrichterkommission; in Baden-Württemberg treten jeweils ad-hoc Arbeitsgruppen zusammen.

MERINO ROBE
FÜR HÖCHSTE ANSPRÜCHE!

TRAGEKOMFORT
Sie werden keine leichtere Robe mit angenehmeren Trageeigenschaften finden, als die **Robe ELITE**.

DIE REINE NATUR
Die Richter/Staatsanwaltsrobe **ELITE** hat hochwertige Samtbesätze aus 100% Baumwolle.

FEINSTE SCHURWOLLE
Der Oberstoff ist aus sehr hochwertiger, **superleichter** Schurwolle. Feinstes Merino-Kammgarn!

AB HERSTELLER
Die **Robe ELITE** kaufen Sie bei uns direkt ab Hersteller!

www.rob-shop.de

NATTERER
Profi Design NATTERER GmbH
73730 Esslingen a.N.
Zeppelinstrasse 136
Telefon 0711/3166980



Deutsches Taubblindenwerk – die schützende Hand

Für taubblinde Menschen ist die Welt ohne Licht und Geräusche. Ohne Sprache, ohne Blicke finden sie keinen Weg zu ihren Mitmenschen. Sie sind gefangen in einer Isolation, aus der es ohne Hilfe kein Entrinnen gibt.

Mit seiner Schule, den Reha-, Arbeits- und Wohnbereichen schlägt das Deutsche Taubblindenwerk seit nunmehr 30 Jahren für taubblinde Kinder, Jugendliche und Erwachsene eine Brücke zur Welt. Denn wer lernt, mit den Händen zu sehen, begreift seine Umgebung. Wer lernt, mit den Händen zu sprechen und aus der Hand eines anderen zu verstehen, hat eine Chance, die Einsamkeit zu durchbrechen.

Bitte helfen Sie uns durch gelegentliche Bußgeldzuweisungen dabei, dass wir taubblinden Menschen auch künftig mehr bieten können als „warm“, „satt“ und „sauber“!

Deutsches Taubblindenwerk gGmbH, Albert-Schweitzer-Hof 27, 30559 Hannover
<http://www.taubblindenwerk.de> · Postbank Hannover (BLZ 250 100 30) Konto 960 28-308

Neue Beitragsregelung ab 1. Januar 2009

Die Landesvertreter-Versammlung hat die Beiträge neu festgesetzt. Unter Berücksichtigung der Kosten der Veranstaltungen und der Geschäftsstelle und des Umstandes, dass alle Vorstandsmitglieder inklusive des Geschäftsführers ehrenamtlich tätig sind, erfordert die erheblich gewachsene Relevanz des DRB insbesondere im politischen Bereich einen immer größeren Arbeitseinsatz.

Dies führt dazu, dass Freistellungen vom Dienst notwendig sind, die nicht allein mit Sonderurlaub ausgeglichen werden können. Es kann allen „Funktionären“ ihr persönlicher (Zeit-)Einsatz hoch angerechnet werden. Es gilt jedoch der alte Grundsatz, dass niemand auch noch Geld mitbringen oder sonstige Vermögenseinbußen erleiden darf,

damit der DRB seine Aufgaben erfüllen kann. Hieraus errechnet sich zu dem bisherigen Beitragssatz ein versicherungsmathematisch errechneter Zuschlag von 6,22 € für die Teil-Freistellung des neuen Landesvorsitzenden für Besoldungs- und Pensions-einbußen durch Richterbundseinsatz.

Die Versammlung beschloss die geringfügige Aufrundung auf volle Euro zur Verwaltungsvereinfachung.

Beitragsgruppe I (aktiv) bisher
 113,05 € auf 120,- €, = 10,- € p.M.;

Beitragsgruppe II (pensioniert)
 83,05 € auf 90,- € = 7,00 € p.M.;

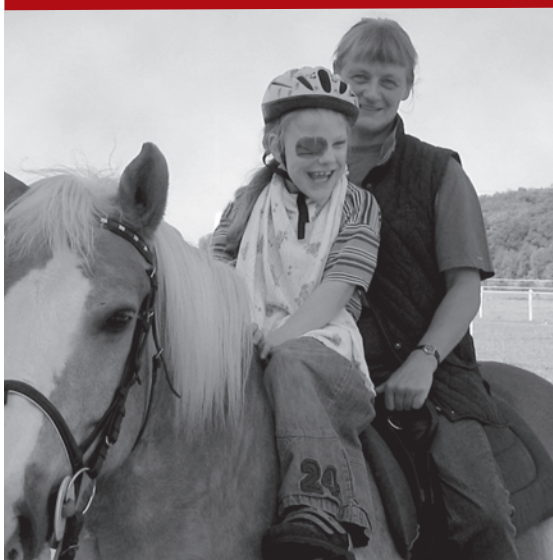
Beitragsgruppe III (beurlaubt)
 24,00 € = 2,00 € p.M.

Die Bezirksgruppen berechnen zusätzlich einen unterschiedlich ausfallenden geringen Aufschlag für ihre Verwaltungskosten.

Bei Bezug der Deutschen Richterzeitung wird daneben der jeweilige Abonnementpreis (z.Zt. 38,00 €) nebst Versandkosten (z.Zt. 9,20 €) erhoben.

Richter auf Probe, die im ersten Jahr nach der Anstellung beitreten, zahlen für 1 Jahr keinen Beitrag. Im Übrigen wird der Beitrag ab dem auf den Beitritt folgenden Monat erhoben.

Rechnungsstellungsdatum ist der 1. Februar eines jeden Jahres, die Abbuchung erfolgt am 1. März.



VOLMARSTEIN
 die evangelische Stiftung

So helfen Sie mit Buß- und Strafgeldern

Mit der Zuweisung von Buß- u. Strafgeldern ermöglichen Sie zusätzliche pädagogische, therapeutische und pflegerische Aufgaben in der Behinderten- und Altenhilfe, wie z.B. das Therapeutische Reiten.

Die Evangelische Stiftung Volmarstein betreut ambulant, teilstationär und stationär körperbehinderte, pflegebedürftige und alte Menschen.

Sie ist Träger von Wohn- und Pflegeheimen, Ambulanten Diensten, Schulen und Werkstätten, bietet Berufsausbildung, eine Orthopädische Fachklinik und ist in der Forschung tätig.

Gerne senden wir Ihnen Informationen, teilausgefüllte Zahlscheine und Adressaufkleber zu.

Hartmannstraße 24 · 58300 Wetter (Ruhr) · Telefon (0 23 35) 639-0
Fax (0 23 35) 639-109/119 · E-Mail: vorstand@esv.de · <http://www.esv.de>

Spendenkonto: KD-Bank eG
BLZ 350 601 90 · Konto-Nr. 2 101 599 054

Berufshaftpflichtversicherung inclusive

Jetzt Versicherungsschutz im Beitrag enthalten

Die Mitgliedschaft im Deutschen Richterbund umfasst seit Juli 2008 eine Berufshaftpflichtversicherung bei der DBV-winterthur-Versicherung bis zur Versicherungssumme von

- 10 Mio. Euro für Personen-/Sachschäden,
- 50.000,- Euro für Vermögensschäden (AHB) und
- eine Schlüsselversicherung bis zur Versicherungssumme von 50.000,- Euro.

Zur Klarstellung: die Schlüsselversicherung beinhaltet auch Generalschlüssel und Codekarten.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, die Berufsvermögenshaftpflichtversicherung gegen folgende Zusatzbeiträge aufzustoßen.

Deckungssummen	Jahresbeiträge
100.000,- Euro	33,38 Euro
150.000,- Euro	45,10 Euro
200.000,- Euro	51,23 Euro
250.000,- Euro	55,69 Euro
300.000,- Euro	66,76 Euro
350.000,- Euro	77,89 Euro
400.000,- Euro	84,43 Euro
450.000,- Euro	95,14 Euro
500.000,- Euro	105,73 Euro

Wünschen Sie eine Versicherungssumme über 500.000,- Euro, kann sie in Schritten je 50.000,- Euro bis auf 1.000.000 Mio. Euro gegen einen jährlichen Beitragszuschlag von 10,47 Euro zzgl. 19 Prozent Versicherungssteuer je 50.000,- Euro Versicherungssumme erhöht werden.

Nähere Informationen zu diesem Versicherungsangebot finden Sie im Internet unter www.drbv-nrw.de.

Bei weiteren Rückfragen wenden Sie sich bitte an: DBV-winterthur, Empfehlungsbeauftragter Ass. jur. Hubert Voigt, Alter Gartenweg 14, 48249 Dülmen, Telefon (0 25 94) 78 33 22, Fax (0 25 94) 78 33 23, Hubert.Voigt@dbv-winterthur.de

Darlehen
für Beamte, Angestellte und
Arbeiter des ö. D.

Zur Verwendung für:

- Ablösung teurer Altkredite
- Ausgleich des Girokontos
- Hypotheken- und Nachrangdarlehen
- Umschuldungen
- Barauszahlung

Festzins - niedrige Raten - Lange Laufzeiten

Vertrauensvolle zügige Abwicklung:

IM & KA GmbH
Warendorfer Straße 57
48145 Münster
Tel.: 0251-374 04 91
Fax: 0251-374 04 92
0172-868 75 42
<http://www.imundka.de>
service@imundka.de

Rede (Auszug) von BJMin Brigitte Zypries zur Eröffnung des 67. DJT am 23. September 2008 in Erfurt

Zurück zur bundeseinheitlichen Richterbesoldung

Die Justiz trägt eine besondere Verantwortung für die Integrität unserer Wirtschaftsordnung und für das Rechtsbewusstsein unserer Gesellschaft.

Diese hohe Verantwortung erfordert nicht nur eine besonders hohe Qualität der Arbeit, wir müssen auch für eine ordentliche Besoldung der Richterinnen und Staatsanwälte sorgen. **Nur eine Besoldung, die der gesellschaftlichen Bedeutung und der Leistung der Justiz gerecht wird, sichert die Unabhängigkeit und die Qualität der Justiz.** Bei allem Verständnis für die Notwendigkeit von Kompromissen in einer Demokratie: Ich meine, es war eine Fehlentscheidung, dass man im Zuge der Föderalismusreform die Besoldungskompetenz für die Richter und Staatsanwälte auf die Länder übertragen hat. Eine Zersplitterung der Besoldung zwischen armen und reichen Bundesländern wäre fatal. Wir brauchen keinen Besoldungswettlauf zwischen den Ländern. Nötig ist eine Justiz, die ihrer Verantwortung entsprechend bezahlt wird, und diese Verantwortung ist in Stralsund genauso hoch wie in Starnberg. **Ich würde mir also wünschen, dass wir die Föderalismusreform noch einmal nachbessern, und der Bund wieder für eine einheitliche Richterbesoldung zuständig wird.**

Zu einer leistungsfähigen Justiz, die auch komplexe Verfahren erfolgreich abschließen kann, gehört auch eine gute Personalausstattung. Staatsanwältinnen und Richter brauchen die nötige Zeit, um auch aufwendige Ermittlungen zu führen. Und sie brauchen mehr und flexiblere Fortbildungsangebote: Richterinnen und Staatsanwälte, die eine Fortbildung besuchen, sind kein zeitweiliger Ausfall für ihre Behörde, sondern ein dauerhafter Gewinn für die Justiz.

Roben
für Richter, Anwälte,
Protokollführer in
hervorragender
Qualität.



Gerne senden wir
Ihnen ein Angebot
mit unseren 10
versch. Stoffproben

Seit 1890

F.W. Jul. Assmann

**Maßanfertigung und
Konfektionsgrößen zu
gleichen Preisen**
(ab 215,- zzgl. MwSt.)

F.W. Jul. Assmann
Postfach 1130,
58461 Lüdenscheid
Tel. ++49 2351/22 492
Fax: ++49 2351/38 08 66
jurist@f-w-jul-assmann.de
www.f-w-jul-assmann.de

Jahresversammlung in Münster



Richard Ademmer, Dr. Angelika Book, Katrin Timm, Marion Jöhren, oben: Vors. der Bezirksgruppe Osnabrück, Bert Karrasch; Geschäftsführer des Richterbundes NRW Christian Friehoff, Manfred Hartmann

Auf der Jahreshauptversammlung der **Bezirksgruppe Münster** im „Zwei Löwen Klub“ vom 14. 8. 2008 stellte die Vorsitzende Katrin Timm zunächst die allgemeine Situation der Bezirksgruppe in Zahlen dar und konnte – nicht zuletzt wegen der Aktion3000 – einen Zuwachs von 15 Kolleg-inn-en verzeichnen, so dass die Zahl der Mitglieder auf 182 gewachsen ist.

Zum Bericht über die Aktivitäten des vergangenen Jahres gehörte die Teilnahme an der LVV in Bad Lippspringe am 10. 5. 2007 sowie an dem RiStA-Tag in Würzburg vom 17. – 19. 9. 2007 mit insgesamt 26 Personen. **Auch am Protesttag am 11. 10. 2007 in Düsseldorf nahm die Bezirksgruppe mit einem eigens gecharterten Bus teil.** Eine von der Bezirksgruppe Münster geplante 5-tägige Fachstudienreise nach Südfrankreich mit fachlichen als auch kulturellen Höhepunkten führten 38 Kolleg-inn-en ab 27. 9. 2008 durch.

Aktivitäten der Bezirksgruppe waren ferner eine themenbezogene Stadtführung und ein Bowlingturnier, welches großes Anklang fand. Aus dem StA- Bereich verwies die Vorsitzende auf den Beginn der Acusta-Schulungen sowie auf die Ausstattung mit neuen technischen Geräten. Sie begrüßte ausdrücklich das 23- Punkte-Papier des Richterbundes aus Sicht der Staatsanwaltschaft.

Zu aktuellen Themen aus der Arbeit des Landes- und des Bundesvorstand berichtete Christian Friehoff, der Geschäftsführer des Richterbundes NRW.

Ein Blick nach Niedersachsen ermöglichte der Vortrag von Bert Karrasch, dem Vorsitzenden der Bezirksgruppe Osnabrück. In Niedersachsen soll es nach einem Ministerwechsel sogar eine 100% Umsetzung von Pebbsy geben. Schon im nächsten Jahr soll es 40 – 50 neue Stellen geben.

Marion Jöhren, die Vorsitzende des Bezirksrichterrates Hamm, berichtete, dass „vertikaler Belastungsausgleich“, „Judica“ sowie „die Ausstattung mit digitalen Diktiergeräten“ die vorherrschenden Themen dieses Gremiums seien. Trotz des immer schwierigeren Umganges, insbesondere wegen der Mitglieder des Amtsrichterverbandes (ARV), sei man bemüht, die Themen vernünftig voranzubringen.

Nach angeregten Diskussionen lud die Vorsitzende die Mitglieder im Namen des Vorstandes zum Abendessen ein.

Karin Timm

Wiederwahl des Vorstandes in Kleve

Am 9. 9. 2008 traf sich die **Bezirksgruppe Kleve** im Restaurant „Gotisches Haus“ in Xanten. Die Bezirksgruppe hat im vergangenen Jahr fünf neue Mitglieder gewonnen und hat so derzeit 69 Mitglieder, davon inzwischen sechs – meist junge – Staatsanwälte sowie 15 Pensionäre.

Der Vorsitzende RAG Reiner Lindemann aus Moers berichtete über

- die Ausweitung des Versicherungsschutzes für DRB-Mitglieder,
- die DRB-Initiative zur Abschaffung der beiden niedrigen Besoldungsstufen, d. h. zur Anhebung der Bezüge junger Kollegen,
- den gemeinsamen Besuch der Bezirksgruppen Kleve und Duisburg im Archäologischen Park Xanten,
- die Absicht des Landesverbandes, Landesvertreterversammlungen zukünftig alle 18 Monate (statt zzt. alle zwölf Monate) und Wahlen des Landesvorstandes alle drei (statt zzt. alle zwei Jahre) stattfinden zu lassen.

Bei den Neuwahlen wurden wiedergewählt:

RAG Reiner **Lindemann**, AG Moers, als Vorsitzender der Bezirksgruppe, DAG Klaus **Krichel**, AG Geldern, als Kassenführer und RAG Bernhard **Schröer**, AG Kleve, als Schriftführer.

Geldauflagen

wirken

dreifach gut !

Deutscher Spendenrat e.V.

Das Wesen von Geldauflagen ist **WIEDERGUTMACHTUNG** an der Gesellschaft. Die Zuwendungen an unseren Verband wirken weiter. Sie potenzieren diese Wiedergutmachtung um ein Vielfaches.

GELDAUFLAGEN WIRKEN PRÄVENTIV, weil sie es uns ermöglichen, Kinder aus ihrer Not zu befreien, die Kinder von den unsicheren Straßen zu bergen und sie so auch vor einer möglichen kriminellen Laufbahn zu schützen. Wir geben Kindern Perspektiven ...

GELDAUFLAGEN SICHERN ZUKUNFT, weil sie es uns ermöglichen, den geborgenen Kindern langfristig Liebe, Fürsorge, Gesundheit und Ausbildung zu geben und sie dadurch ein selbstständiges, verantwortungsbewusstes Mitglied der Gesellschaft werden.

Gemeinnützig.

Besonders Förderungswürdig.

Mildtätig.

Internationaler Verband

Westfälischer Kinderdörfer e. V.

Von-Dript-Weg 2
33104 Paderborn

Telefon 05252 51250
Telefax 05252 53011

Internet: www.iwvk.de
eMail: Zentrale@iwvk.de

Anzeige sponsored by 20°. Werbung. Wohltemperiert. Paderborn. www.20-grad.de

Sodann begrüßte der Vorsitzende den Gastredner, MdL Peter **Biesenbach**, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Landtag NW. Dieser stellt die Justizpolitik, insbesondere die Personalpolitik, aus Sicht der 2005 gewählten Landesregierung dar.

Das Land NW habe enorm hohe Schulden; Ziel sei es, wenigstens die Neuverschuldung zurückzuführen. Hauptkostenfaktor im Landeshaushalt seien die Personalkosten; wer sparen wolle, müsse auch dort sparen. Andererseits sei es Ziel der Landesregierung, Schule, Polizei und Justiz von neuen Stellenstreichungen auszunehmen. Die alten (aus Zeiten der vorherigen Regierung stammenden) Stellenstreichungen habe man aber durchführen müssen; 2009 werde dies aber geschafft sein. Im

Richterbereich seien sogar 200 der alten kw-Vermerke gestrichen worden.

Für die Zukunft kündigte Biesenbach an, dass Tarifierhöhungen des Angestelltenbereichs **sowohl der Höhe nach als auch vom Erhöhungszeitpunkt her** wieder unverändert für Beamten und Richter übernommen würden. Für Tarifierhöhungen würden im Haushalt 2009 ca. 3 % eingeplant.

Auf Nachfrage nach der rechnerischen Erforderlichkeit der Einstellung von mehreren Hundert neuen Richtern erklärt Biesenbach, er verstehe und sehe das wohl, allerdings sei auch festzustellen, dass die Erledigungszeiten der Gerichte kürzer würden und die Erledigungszahlen zunehmen. Er weist auf die Besonderheiten des politischen Raumes hin. Die Justiz werde näm-

lich innerhalb der Landesregierung als Teil der „inneren Sicherheit“ wahrgenommen; mit der Verstärkung im Bereich Justizvollzug und Polizei habe man die „innere Sicherheit“ doch gestärkt; dass aber die Gerichte nicht gestärkt, sondern durch den fortgesetzten Stellenabbau geschwächt seien, sei im politischen Raum – wie Biesenbach einräumt – schwer zu vermitteln.

In der anschließenden kurzen, aber lebhaften Diskussion wurde deutlich, dass Richter und Staatsanwälte mit der von Biesenbach – leider zutreffend – dargestellten politischen Nebenrolle der Justiz nicht zufrieden sind, weil sie der Bedeutung einer funktionierenden Gerichtsbarkeit für Wirtschaft und Gesellschaft nicht gerecht wird.

Bernhard Schröer, Kleve

Der Meisterzeichner von Essen



Thomas Plassmann, der Chefkarikaturist der NRZ und der Frankfurter Rundschau, war am 25.9.2008 zu Gast bei der **Bezirksgruppe Duisburg**.

Humorvoll stellte der Meisterzeichner die Entwicklung einer Karikatur von der Idee bis zur endgültigen Umsetzung dar. Dabei blieb kein Politiker verschont. Ob die herabgezogenen Mundwinkel der derzeitigen Kanzlerin oder das markante Kinn des Gasprom-Managers Schröders, die Augenbrauen Waigels und der Kopf des Altkanzlers Dr. Helmut Kohl; in allen Fällen konnten die Anwesenden beim Karikieren mitraten und sehr schnell kamen sie auf den Namen des Verewigten. Aber auch komplexe Karikaturen und ihre Gestaltungsmög-

lichkeiten wurden von Plassmann eindrucksvoll am Flipchart entfaltet.

Zum Ende konnten die Anwesenden noch ein von der NRZ gesponsertes Buch mit Zeichnungen Plassmanns mitnehmen. Einige der an der Flipchart entwickelten Zeichnungen wurden dem Meisterkarikaturisten fast aus der Hand gerissen und werden – mit einer Signatur versehen – sicher das ein oder andere Dienstzimmer der Kollegen auffrischen.

Sollte eine Bezirksgruppe Interesse an dem kurzweiligen Vortrag haben, dann kann sie sich unter www.thomas-plassmann.de informieren oder Kontakt aufnehmen zum Bezirksgruppenvorsitzenden in Duisburg, StA Jochen Hartmann.

In memoriam JUSTIZintern

Wer das aktuelle Heft 4.2008 der vom Justizministerium herausgegebenen Zeitung **JUSTIZintern** aufmerksam studiert hat, ist vielleicht über einen Textkasten in der Größe eines Pik As' gestolpert, der sich auf der Rückseite des Heftes befindet. Dort teilt die Redaktion von **JUSTIZintern** dem Leser lapidar mit:

„Wie in anderen Bereichen blieben auch der Justizkommunikation aufgabenkritische Betrachtungen nicht erspart. Sie haben zur Folge, dass JUSTIZintern leider

nicht mehr produziert werden kann. Für Ihr langjähriges Interesse sagen wir unseren herzlichen Dank!“

JUSTIZintern wird also eingestellt. Das ist klar. „Aufgabenkritische Betrachtungen“ sind aber ein sehr interpretationsfähiger Begriff. Letztlich dürfte es darauf hinauslaufen, dass das Ministerium zu der Auffassung gelangt ist, sich eine solche Form von Justizkommunikation nicht leisten zu können oder zu sollen. Wir verstehen das nicht im übertragenen, sondern im Wortsinn: dass nämlich der Aufwand an

Arbeitskraft und Geld zu dem Ertrag „Justizkommunikation“ außer Verhältnis steht.

Aus der Perspektive des DRB ist dabei interessant, dass die Autoren von **JUSTIZintern** durchweg keine externen und daher gesondert zu bezahlenden Journalisten, sondern Justizangehörige sind. Insofern dürfte die Situation mit der der RiStA-Redaktion vergleichbar sein – nur dass die RiStA-Redakteure ihre Artikel in ihrer Freizeit schreiben.

Anders als bei RiStA, die von einem freien Unternehmen gedruckt wird, wurde *JUSTIZintern* justizintern verlegt, nämlich bei „jva druck+medien“ in Geldern.

Trotzdem streicht *JUSTIZintern* nun mit Heft 4.2008 im Oktober 2008 sang- und klanglos die Segel, weil die Politik meint,

ein solches Presseprodukt nicht mehr schültern zu können.

Anders der DRB–NRW: RiStA geht demnächst in ihr 30. Jahr – lebendiger und kämpferischer denn je, nach wie vor unabhängig und in Eigenregie des Verbandes! Ohne Häme gegenüber *JUSTIZintern* können wir alle darauf sehr stolz sein, und die Redaktionsmitglieder von 1980 bis heute ganz besonders.

Bleiben Sie uns auch in den kommenden Jahren als Verbandsmitglieder und Leser weiterhin so gewogen.

Wir gratulieren zum Geburtstag: Januar/Februar 2009

zum 60. Geburtstag

1. 1. Jörg Passmann
Heinz-Michael Siemon
7. 1. Adalbert Niemers
14. 1. Axel Plum
15. 1. Irene Rezori
28. 1. Wolfgang Saur
16. 2. Dr. Werner Scholz
20. 2. Gabriele Struß-Blankenburg
24. 2. Wolfgang Stich

zum 65. Geburtstag

1. 1. Heinz Wilhelm Hoefken
3. 1. Eduard Güroff
4. 1. Udo Poetsch
6. 1. Folker Nießalla
11. 1. Anton Hamm
14. 1. Dr. Wolfram Schnorr
15. 1. Franz-Josef Bornefeld
18. 1. Hayo Schmitz-Salue
21. 1. Lieselotte Fischbach
11. 2. Wolfgang-Heinrich Vincke
13. 2. Friedrich Faber
16. 2. Ulrike von Dellingshausen
27. 2. Winfried Schäfer

zum 70. Geburtstag

6. 1. Dr. Heinz Helling
8. 1. Helmut Hohage
9. 1. Bernhard Suermann
18. 1. Dr. Ralf Theile
26. 1. Winfried Kohlmann
4. 2. Dietrich John
7. 2. Peter Durst
18. 2. Elmar Finger

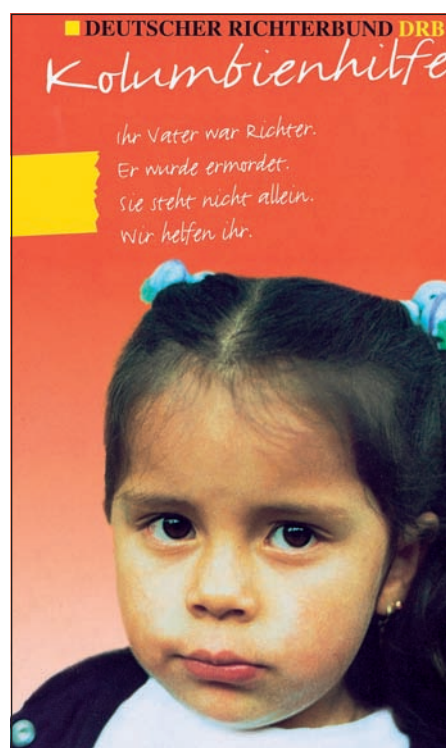
zum 75. Geburtstag

11. 1. Walter Schmitz
24. 1. Horst Schneider
25. 1. Heinrich Potthoff
8. 2. Heinz Kerpen
28. 2. Wilfried Fuetterer

und ganz besonders

5. 1. Dr. Paul-Ernst Büchting (83 J.)
7. 1. Ingo Köckerling (78 J.)
8. 1. Karl Heinz Hoen (78 J.)
9. 1. Franz Dierks (97 J.)
9. 1. Kurt Speck (86 J.)
10. 1. Walter Friedrichs (76 J.)
11. 1. Dr. Herbert Wein (92 J.)

12. 1. Egon Safarovic (83 J.)
17. 1. Heinrich Buescher (76 J.)
20. 1. Hans-Joachim Schmidt (76 J.)
21. 1. Dr. Günter Beyer (77 J.)
24. 1. Hans Lothar Huelsberg (86 J.)
28. 1. Wolfgang Beitlich (84 J.)
Hildegard Dornhoff (81 J.)
1. 2. Fritz Baumeister (79 J.)
Dr. Paul Horst (77 J.)
5. 2. Wilfried Manthei (77 J.)
7. 2. Dr. Christian-Dietrich Breuer (83 J.)
Winfried Seidel (76 J.)
12. 2. Helmut Steinke (80 J.)
13. 2. Friedhelm Krems (93 J.)
19. 2. Klaus Duerholt (78 J.)
23. 2. Herbert Prümper (83 J.)
24. 2. Josef Schroer (76 J.)
26. 2. Dr. Horst Lichtenberg (82 J.)



Hilfe für kolumbianische Richter und ihre Familien

Unser Spendenkonto:

MISEREOR e.V. Konto-Nr. 2014
Sparkasse Aachen (BLZ 390 500 00)

Geldspenden über das ausschließlich für die DRB-Kolumbienhilfe reservierte Konto des Bischöflichen Hilfswerkes MISEREOR e.V. sind steuerlich absetzbar. Überweisungsformulare können bei der Bundesgeschäftsstelle des Deutschen Richterbundes (Telefon 030/2061 25-0) angefordert werden. Vermerken Sie bitte auf dem Überweisungsträger: „Spende/Hilfe für kolumbianische Richter/DRB“. Dieser Verwendungszweck ist erforderlich, da die Spende sonst nicht ordnungsgemäß verbucht und dem Fonds nicht zugeschrieben werden kann.



Johanniter-Weihnachtspaten

Ein Lächeln schenken

Wir kennen Familien, die unverschuldet in finanzielle Not geraten sind. Wir helfen ihnen, dass ihre Kinder ein schönes Weihnachtsfest erleben!

Unser Spendenkonto:

Konto-Nr. 4 315 601
BLZ 370 205 00



DIE JOHANNITER
Aus Liebe zum Leben

Abstammungsgutachten Vaterschaftsklärung

Nur ein Schritt für Sie...



Service

- Wir organisieren und monitoren die Probenentnahmen weltweit....



Probensicherheit

- Individuell erzeugte Barcodes auf den Entnahmematerialien.
- Die Probenentnahme erfolgt fast schmerzfrei aus dem Ohr, der Ferse oder der Fingerbeere. Das Blut wird auf ein Spezialfilterpapier getropft.
- Asservierung der Originalblutkarte mit Unterschrift des Probanden

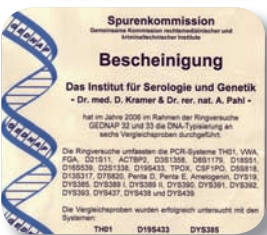


Wirtschaftlichkeit

Um den verschiedenen Anforderungen und Konstellationen bei Kindschaftsfragen sowie der Qualität und Wirtschaftlichkeit gerecht zu werden, bieten wir Ihnen folgende drei Gutachtenvarianten an.



- | | |
|--|--|
| • Basis-/ Anfechtungsgutachten
13 Systeme, 1 Kategorie, Richtlinienkonform
Triofall (Kind, Mutter, mögl. Vater) | 444,55 €*
629,41 €*
768,00 €*
*zzgl. MwSt. und Probenentnahme |
| • Komplettgutachten
15 Systeme, 1 Kategorie, Richtlinienkonform
(Kind, Mutter, alle in Frage kommenden Männer) | |
| • Vollgutachten
18 Systeme, 2 Kategorien, Richt- u. Leitlinienkonform
Triofall (Kind, Mutter, mögl. Vater) | |



Qualität

- externe Akkreditierung der Analytik und der Abwicklung
- Richtlinienkonformität in allen Punkten (insbesondere die Qualifikation der Sachverständige)
- Analytik aus Blut- und Wangenschleimhautzellen
- erfolgreiche Teilnahme an jährlich vier externen Überwachungen der Analysequalität



Kontakt

- Eine persönliche Beratung oder weitere Informationen zum Institut oder zu unseren Gutachten erhalten Sie telefonisch unter 0 41 52 - 80 31 54.

...die Qualität unserer Gutachten

sichert Ihre Entscheidungsgrundlage.



Institut für Serologie und Genetik

Dr. med. Detlef Kramer • Dr. rer. nat. Armin Pahl

vereidigte Sachverständige für gerichtliche Abstammungsgutachten

Lauenburger Straße 67 • 21502 Geesthacht